

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Kerschke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 951.

Gründungsnummer zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Von Neuhand in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Provinz und der Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 250 cpl. Bestellgeb. Einzelne Nummern (einschl. des Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inserationsgebühren die Kilogrammzelle: Beilage 15 Pf. Vollzeitsungeltliche Nr. 7726

Nr. 231.

Magdeburg, Donnerstag, den 4. Oktober 1900.

II. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Die Schwenkung.

Wir haben gestern den Brief in seinem Wortlaut mitgeteilt, den nach englischer Meldung der chinesische Kaiser an den deutschen Kaiser gerichtet haben sollte. Während gestern die Offiziösen noch nichts über die Authentizität desselben mitzuteilen wußten, sind sie heute in die Lage versetzt, schon die Antwort des deutschen Kaisers wörtlich wiederzugeben. Der Brief Kwansü's, in dem er zur Sühne für die Ermordung Ketteler's Tranckopfer anbietet, ist also echt. Er hat seitens des deutschen Kaisers am 30. September folgende Beantwortung gefunden:

„An den Kaiser von China.

Ich, der Deutsche Kaiser, habe das Telegramm Sr. Majestät des Kaisers von China erhalten.

Ich habe daraus mit Genugthuung ersehen, daß Eure Majestät bestrebt sind, die schändliche, jeder Kultur hohnsprechende Ermordung meines Gesandten nach Gebrauch und Vorschrift Ihrer Religion zu sühnen. Doch kam ich als Deutscher Kaiser und Christ diese That durch Tranckopfer nicht als geföhnt erachten. Neben meinem ermordeten Gesandten ist eine große Zahl von Brüdern christlichen Glaubens, Bischöfe, Missionare, Frauen und Kinder vor dem Thron Gottes getreten, die um ihres Glaubens willen, der auch der meine ist, unter Martern gewaltsam gestorben sind und als Ankläger Eurer Majestät erscheinen. Reichen die von Eurer Majestät befohlenen Tranckopfer für alle diese Unschuldigen aus?

Ich mache nicht Eure Majestät persönlich verantwortlich für die Unbill, welche gegen die bei allen Völkern für unantastbar gehaltenen Gesandtschaften verübt, noch für die schwere Kränkung, welche so vielen Nationen, Konfessionen und den Unterthanen Eurer Majestät, die meinem christlichen Glauben angehören, zugefügt worden ist. Aber die Ratgeber des Thrones Eurer Majestät, die Beamten, auf deren Häuptern die Blutschuld des Verbrechens ruht, das alle christlichen Nationen mit Entsetzen erfüllt, müssen ihre Schandthat büßen, und wenn Eure Majestät sie der verdienten Strafe zuführen, so will ich dies als eine Sühne betrachten, die den christlichen Nationen genügt. Wollen Eure Majestät Ihren kaiserlichen Ansehen leisten und hierbei die Unterstützung der Vertreter aller beleidigten Nationen genehmigen, so erkläre ich mich meinerseits damit einverstanden. Auch würde ich die Rückkehr Eurer Majestät nach Ihrer Hauptstadt Peking zu diesem Zweck gern begrüßen. Mein Generalfeldmarschall Graf von Waldersee wird den Befehl erhalten, nicht nur Eure Majestät nach Rang und Würde ehrenvoll zu empfangen, sondern auch Eurer Majestät jeden militärischen Schutz gewähren, den Sie wünschen und dessen Sie vielleicht auch gegen die Rebellen bedürfen.

Auch ich sehne mich nach Frieden. Aber nach dem Frieden, der die Schuld sühnt, das begangene Unrecht in vollem Umfang und nach jeder Richtung wieder gut macht und allen Fremden in China volle Sicherheit bietet an Leib und Leben, an Hab und Gut, besonders aber zu freier Ausübung ihrer Religion.

Wilhelm I. R.

Hierzu ist festzustellen, was im Laufe der chinesischen Wirren unsererseits schon wiederholt geschehen ist, daß ein Gesandtenmord in der Geschichte nichts Unbekanntes ist, daß er also auf chinesischem Boden nicht zum erstenmal vollführt worden ist. Diese Frevelthat, die gewiß einen jeden Europäer und nicht minder einen jeden gebildeten Chinesen mit Entsetzen erfüllt, hat sich auf europäischem Boden vorher zu öfteren Malen ereignet und zwar zwischen Nationen, die auf ihr Christentum sehr stolz waren und die zudem im Augenblick der rucklosen That im tiefsten Frieden mit einander lebten. Die Mörder sind, wie im Rastatter Fall, nicht zur Rechenschaft gezogen worden; man hat sich nicht einmal Mühe gegeben, sie des Scheins halber ausfindig zu machen, wiewohl das sehr leicht gewesen wäre. Noch viel weniger aber sind Truppen mobil gemacht worden, um die That zu sühnen. Da es eine ganze Anzahl Chinesen giebt, die die europäische Geschichte sehr genau kennen, so können sie sich auf die Präcedenzfälle mit Fug und Recht berufen.

Hält die Antwort des deutschen Kaisers soweit auch noch an der Forderung der Sühne fest, so ist anzuerkennen, daß sie die Art derselben nicht vorschreibt, sondern nur noch von der „verdienten Strafe“ spricht, der die schuldigen Beamten für „ihre Schandthat“ zugeführt werden sollen. Das ist für die weiteren Verhandlungen eine ganz wesentliche Erleichterung.

Unannehmbar wird für den chinesischen Kaiser das Angebot sein, sich von dem deutschen Generalfeldmarschall in Peking beschützen zu lassen. So lange die deutschen Truppen mit dem Oberbefehlshaber über eine verbündete Armee, die

zudem immer mehr zusammenschmilzt, in Peking weilt, wird der chinesische Hof nicht nach dort zurückkehren und folgerichtig nicht zurückkehren können.

Im Schlußsatz der Antwort wird die Sühneforderung noch einmal wiederholt, aber im Gegensatz zu dem letzten Wälowschen Rundschreiben ihre Erfüllung nicht als Voraussetzung für Verhandlungen hingestellt. Damit ist Graf Wälow von seinem kaiserlichen Herrn desavouiert worden; er hat also nicht mehr nötig, ängstlich nach der englischen Antwort auszuschaun. Die Antwort des deutschen Kaisers genügt.

Sie beweist, daß der Standpunkt der bekannten Wilhelmshabener Rede verlassen wurde und eine Auffassung über die chinesische Lage durchgedrungen ist, die bisher von der gesamten chinabegeisterten Presse bekämpft wurde.

Hoffentlich wird der deutsche Kaiser alsbald die Konsequenz dessen ziehen und seinen Generalfeldmarschall mit seinen Truppen aus Peking zurückrufen, damit die chinesische Regierung an ihren alten Sitz zurückkehren und so schnell wie möglich diejenige Autorität zurückerlangen kann, die nötig ist, um die weitergehenden Forderungen des deutschen Kaisers in der Zukunft erfüllen zu können.

Allerdings ist dazu in erster Linie erforderlich, daß der deutsche Kaiser seine Machtstellung dazu benutzt, um in Zukunft die Sendboten christlicher Religion und Kultur von den Schandthaten zurückzuhalten, die sie, wie dokumentarisch bewiesen ist, auf chinesischem Boden in der Vergangenheit und allzu oft und gewissenlos verübt haben. Geschieht das, dann wird langsam der Fremdenhaß der Chinesen verschwinden und die alleinige Gewähr dafür gegeben werden, daß weder ein Freiheitskrieg der Chinesen, noch ein Gesandtenmord auf chinesischem Boden möglich wird.

Die bürgerliche Presse ist betroffen über den Umschwung, der sich in der leitenden Stelle vollzogen hat. Einige Blätter, wie die Kreuzzeitung, geben das Telegramm des deutschen Kaisers wohl wieder, enthalten sich aber jeder Meinungsäußerung. Diejenigen aber, die etwas sagen, machen die überraschende Entdeckung, daß die Antwort des Monarchen mit der letzten Wälowschen Note völlig übereinstimmt. So kommt man bequem über den Meinungswechsel hinweg. Man applaudiert die Wälowsche Note und erklärt zugleich seine volle Zustimmung mit den Worten des Kaisers. Lange läßt sich dies Versteckenspielen natürlich nicht durchführen, aber es hieße die bürgerliche Presse beleidigen, wollte man nicht voraussetzen, sie werde künftig die Politik der Versöhnlichkeit genau so verherrlichen, wie sie sie bisher bekämpft und ihre Befürwortung allein der sozialdemokratischen Presse überlassen hat.

Da durch das Telegramm Wilhelms II. plötzlich die ganze Lage verändert wurde, beschränken wir uns im Folgenden auf die Wiedergabe der wichtigsten Meldungen.

Der französische Minister des Auswärtigen hat eine Note erlassen, worin er sich nach einer Meldung der Londoner Morning Post mit dem Grafen Wälow einverstanden erklärt, daß es absolut notwendig sei, die Schuldigen in China zu bestrafen, und dann weiter schreibt, daß auf alle Fälle die Mächte neben den grundlegenden Prinzipien mit Li-Hung-Tschang und dem Prinzen Tsching über andere Gegenstände verhandeln könnten. Diese anderen Gegenstände sind folgende: Materielle Entschädigung der freunden Mächte, der Missionen und der industriellen Gesellschaften wegen der ihnen zugefügten Schäden und auch Garantien für die Zukunft. Die französische Regierung glaubt, daß das beste Mittel zur Wahrung der Integrität des chinesischen Reiches darin besteht, dasselbe an einem Mißbrauch seiner militärischen Stärke zu hindern. Die französische Note verlangt infolgedessen ein vollständiges und absolutes Verbot der Einfuhr von Waffen und Munition nach China, ferner die militärische Befehung der Gesandtschaften in Peking. Die Note wird vollständig in dem nächsten Gelbbuch, das der Kammer bei ihrem Wiederzusammentritt vorgelegt werden wird, veröffentlicht werden. Hieraus geht hervor, daß eine Uebereinstimmung mit dem Wälowschen Rundschreiben nicht vorhanden ist.

Li-Hung-Tschang hat seine Absicht, nach Peking zu gehen, aufgegeben. Es verlautet, daß er Unterhandlungen mit dem russischen Gesandten beginnen wird, sobald der letztere in Tientsin ankommt.

Nach einem Edikt des Kaisers von China vom 26. September ist Tsien, der bisherige Gouverneur von Schansi, seines Amtes enthoben. Das Edikt ordnet ferner die Befehung einiger wichtiger Posten mit Personen an, die, soviel man weiß, an der Boyerbewegung nicht beteiligt waren.

Der chinesische Gesandte in Washington erhielt eine amtliche Bestätigung von dem Erlaß des Ediktes, durch

welches Prinz Tuan und andere hohe Beamte degradiert werden. Eine in Berlin eingegangene amtliche Meldung aus Peking vom 23. September berichtet über das vorläufige Ergebnis der wegen der Ermordung des Gesandten Freiherrn von Ketteler angestellten Untersuchungen: „Nachdem der chinesische Unterkoffizier, der den löblichen Schutz auf Freiherrn von Ketteler abgegeben hatte, bei dem Versuch, die Uhr des Ermordeten zu verkaufen, erkannt und von japanischen Soldaten festgenommen war, wurde er auf Antrag der deutschen Vertretung unseren Truppen ausgeliefert. Am 21. d. Mis. fand seine letzte Vernehmung statt. Darin sagte der Verhaftete aus, am 19. Juni nachmittags hätten er und seine Leute von einem Prinzen den Befehl erhalten: „Schießt die Fremden nieder, wenn Euch welche zu Gesicht kommen.“ Der Mörder bestritt, daß der Befehl gelautet habe, auf einen Gesandten, oder im besonderen auf den deutschen Gesandten zu schießen. Ebenso will der Mörder nicht angeben können, von welchem Prinzen der Befehl, auf die Fremden zu schießen, erteilt worden sei.“

Der zweite Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

Paris, 29. September.

Zweiter Verhandlungstag.
Nachmittags-Sitzung 2 1/2 Uhr.

Vorsitz: Allemane.

Erst heute hat der Kongress seine Verhandlungen wirklich begonnen. Trotz der Ausritte der geistigen Nachtigung, die das Schicksal bestimmend ließen, spielte sich die heutige Verhandlung ziemlich ruhig ab.

Zunächst kommt es freilich zu Protesten von links gegen die gestrige Abstimmung über die Gültigkeitserklärung der 138 Mandate. Es wird beschlossen, die Mandate und die auf die Mandatsprüfung bezüglichen Dokumente der gestern ernannten Mandatsprüfungskommission auszuliefern.

Die Zulassung der Presse wird mit allen Stimmen der Rechten, der kommunistischen Allianz und der Blanquisten beschlossen. Die Guesdisten enthalten sich nach wie vor der Abstimmung.

Bei der nächsten Abstimmung über eine Resolution, die die Aufhebung der Ausnahmegerichte gegen die Anarchisten verlangt, stimmt die gesamte Linke mit dafür, ebenso wie, wenn ich nicht irre (die Presse war ja bisher nicht offiziell auf der Galerie untergebracht), bei der Abstimmung über einen Protest gegen das Verbot des neulichen Anarchisten-Kongresses. Allemane ergreift die Gelegenheit, um zu konstatieren, daß der Kongress einstimmig votiert habe. Das ist seinerseits eine indirekte Feststellung, daß auch die Guesdisten noch den Kongress anerkennen. Diese protestieren daher gegen Allemanes Worte.

Soweit sich beurteilen läßt, scheinen die Guesdisten Beschlüssen zu haben, bis auf weiteres dem Kongress nur als Zeugen beizuwohnen, während die Blanquisten neben der kommunistischen Allianz den Kongress anzuerkennen geneigt scheinen.

Duvernay, Guesdist, erklärt dem, für die erwähnte Resolution gestimmt zu haben, wie er es in einer Volksversammlung thun würde. (Proteste rechts.) Er beginnt eine Resolution zu verlesen, die mit den Worten anhebt: „Die Versammlung...“ (Rufe rechts: „Der Kon-gress! Der Kon-gress!“) (Lärm.) Er beginnt von neuem: „Die Bürger, versammelt...“ (Rufe rechts: „Der Kon-gress!“)

Vorsitzender Allemane beantragt und die Mehrheit beschließt. Duvernay wegen Mißachtung des Kongresses das Wort zu entziehen.

Auf Groussiers (Komm. Allianz) Vorschlag wird beschlossen, die Wahl in die Kommission zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Organisation der Partei) im Verhältnis zu den Mandaten der respektiven Organisationen vorzunehmen. Etwas später wurde bestimmt, daß auf je 100 Mandate ein Kommissionsmitglied entfallen soll.

Marpaug beantragt namens der autonomen Föderationen zuerst den zweiten Punkt der Tagesordnung zu beraten und erklärt, die Föderationen würden nicht von der Stelle weichen, ehe die organisatorische Einigung der Partei auf Grundlage der autonomen Föderationen verwirklicht sei. (Stimmlicher Beifall rechts.) Das Generalkomitee habe notwendigerweise böse Früchte getragen, weil sein Ursprung selbst fehlerhaft gewesen wäre. Redner erinnert an den vorjährigen Vorschlag der Föderationen, die Einigkeit auf Grundlage der autonomen Föderationen herzustellen.

Indes beschließt der Kongress auf Vorschlag eines Blanquistischen Mitgliedes des Generalkomitees, der auch von Revolin, dem Vertreter der soz.-revol. Föderation (Rechte) unterstützt wird, die Reihenfolge der Tagesordnung aufrecht zu erhalten.

Nun tritt man endlich in die Beratung des ersten Punktes ein:

Bericht des Generalkomitees und der Kammerfraktion.

Dubreuilh (Blanquist), Sekretär des Generalkomitees, verliest den Bericht unter ebenso unbehörter wie wohlthuernder Ruhe, nur an gewissen Stellen vom Beifall der Linken unterbrochen:

Das Komitee zählte 47 Mitglieder: 1 Vertreter der Genossenschaften, 6 ehemalige „Unabhängige“ (jezt „sozial.-revolut. Föderation“), 3 Brouillisten, 7 Vertreter der autonomen Föderationen, 15 Guesdisten, 4 Allemanisten, 7 Blanquisten und 4 Vertreter der Gewerkschaften.

Das Komitee ernannte 3 Kommissionen: eine für die Propaganda und Aktion, eine für die Kontrolle, eine für die Organisation der Kongresse. Die beiden ersteren Kommissionen werden Spezialberichte verlesen. Das Komitee veranlaßte sich regelmäßig jeden Mittwoch, zunächst wurden nur die Beschlüsse des Komitees veröffentlicht, seit dem 7. März auch ein knapper Bericht der Debatten.

Die Wahlaktion des Komitees: 1. Gelegentlich der Senatswahlen wurden den Genossen der „sehr bestimmte Rat“ erteilt, sich an diesen Wahlen zu beteiligen. 2. Zu den Gemeindevahlen beschloß das Komitee lediglich, einen Aufruf an die Wähler in der Presse zu veröffentlichen. Der Vorschlag, direkt in die Wahlkampagne einzugreifen, wurde abgelehnt. Andererseits erinnerte das Komitee die

Politische Uebersicht.

Junner mehr!

Mit der Milliarden-Liebesgabe aus der Erhöhung der Getreidezölle sind die Agrarier noch lange nicht zufrieden. Ein weiteres kleines Mittel empfiehlt die Kreuzzeitung im folgenden:

Es darf nunmehr als sicher betrachtet werden, daß der vom Wirtschaftlichen Ausschuss durchberatene neue Zolltarif eine beträchtliche Erhöhung vieler Zollsätze ausweisen wird, und ebenso läßt sich sowohl vom Bundesrat wie von der Mehrheit des Reichstages eine wohlwollende Stellungnahme zu den vorgelegenen Forderungen erwarten. Somit dürfte auch eine erhebliche Steigerung der Kollektoren in sicherer Aussicht stehen. Jedoch auch an Vorschlägen über die Verwertung dieser künftigen Mehreinnahmen wird es im Reichstage nicht fehlen. Schon jetzt ist in Centralbüroskreisen der Gedanke angeregt worden, mit Hilfe der verfügbaren Kollektoren eine bessere Fürsorge für Witwen und Waisen zu organisieren. Andererseits hören wir, daß der Abgeordnete Graf Kanitz vorschlagen beabsichtigt, die Lasten und Härten des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes durch Anwendung erhöhter Reichszulasse herabzumindern. Danach würden sowohl die Versicherungsbeiträge der Arbeiter und Arbeitgeber zu ermäßigen, wie auch auf einen Ausgleich in der Finanzlage der einzelnen Versicherungsanstalten Bedacht zu nehmen sein. In letzterer Beziehung dürfte es sich um die Vereinfachung eines auch regierungsseitig anerkannten Mißverhältnisses handeln, welches durch das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juni 1899 zwar etwas gemildert, aber noch nicht beseitigt worden ist.

Die Agrarier wollen also auch ihre Invaliditätslasten auf andere Schultern abwälzen. Sie fordern eine Milliarde, sind aber nicht böse, wenn man ihnen noch einige Millionen als Zugabe spendet.

Eine sanfte Mahnung.

Die offizielle, im Ministerium des Innern redigierte Berliner Korrespondenz, eine Gründung Kellers, schreibt:

Dem sozialdemokratischen Parteitag in Mainz ist nunmehr der internationale Sozialistenkongress in Paris gefolgt. Die Mainzer Verhandlungen sind teilweise in Paris in erweiterten, ihrem geistigen Inhalte nach aber keineswegs verletzter Befestigt fortgesetzt worden. Hier wie dort ist ein Protest gegen die von allen Großmächten betriebene Weltpolitik und den mit ihr zusammenhängenden Militarismus und Marinismus angenommen worden. Das Ergebnis dieser Erörterungen wird vom „Vorwärts“ in den Satz zusammengefaßt: Die Internationale ist einig, nicht nur im Endziel, nicht nur in ihren Kämpfen gegen alle Formen des kapitalistischen Systems, gegen Militarismus, Kolonial- und Weltraubpolitik, sie wendet auch überall die gleichen Mittel an, die zur Erringung von Vorteilen für das Proletariat, zur Eroberung der politischen Macht und letzten Endes zur Umgestaltung der Gesellschaft von Grund aus tauglich sind.

Das erneute offene Eingeständnis der Sozialdemokratie, daß sie revolutionären die Grundlagen der bestehenden Staatsordnung verneinenden Endzielen aufstreb und daß die von ihr unentwegt betriebene Erringung der politischen Macht in ihren letzten Konsequenzen nur als Mittel zum Zweck sich darstellt, enthält in jedem Falle für die Vertreter und Verteidiger eines nationalen und monarchischen Staatswesens die dringende Mahnung, in der fortgesetzten energischen Abwehr der Elemente des Umsturzes nicht zu erlahmen. Dieser Pflicht sollte auch die bürgerliche Demokratie sich bewußt sein, die noch vor zwei Jahren im Wahlprogramm der freisinnigen Volkspartei die Befestigung der nationalen Einigung Deutschlands als eine der vornehmsten Aufgaben ihres Daseins und Strebens hingestellt hat. Daß die Sozialdemokratie durch Eingliederung in die Kampfgemeinschaft der kosmopolitischen Proletarier und durch das Verneinen zu den Ideen der proletarischen Weltmachtspolitik die nationale Einheit des Deutschen Reichs in der Stunde der Gefahr unter Umständen in schwere Bedrängnis zu bringen vermag, erhellt zur Genüge aus dem Protest der Internationalen gegen die Wehrmacht und Reichsgewalt der nationalen Staaten. Wer um parteipolitische Vorteile willen den deutschen Zweige der Pariser „Internationale“ seine Förderung angeheißt, übernimmt damit die Last einer Verantwortung, deren Tragweite unermessbar sein kann.

Die Freisinnigen werden also beschworen, bei den preussischen Landtagswahlen um der Einheit des deutschen Reiches willen nicht mit den Sozialdemokraten gegen die Junker vorzugehen. Uns will scheinen, daß die Einheit und der Bestand Deutschlands noch nie von Sozialdemokraten, wohl aber ständig von dem preussischen Junkertum bedroht wird. Die Reichsverdrössenheit fließt allein aus dem junkerlich reaktionären Borne. Das werden sich die Freisinnigen ebenfalls sagen und soweit sie dazu um kapitalistischer Interessen willen keine Neigung verspüren, werden die unentwegten Oskelber es ihnen schon begreiflich machen. Da die Junker sich nicht ändern, ist der offiziöse Solbschreiber mit dieser und ähnlichen Leistungen also zu der un dankbaren Rolle des Predigers in der Wüste verurteilt. Bei dem Exkommunisten Miquel mit seiner erfolglosen Sammelpolitik mag er Trost suchen.

Brotrucher.

Die Agrarier verlangen im wirtschaftlichen Ausschuss, der die Handelsverträge vorbereiten soll, die Erhöhung des Weizen- und Roggenzölles von 3,50 auf 8 Mark in einem Generaltarif und auf 6,50 Mark in einem Minimaltarif, das heißt der Zoll soll 8 Mark denjenigen Ländern gegenüber betragen, mit denen keine Handelsverträge zustande kommen, und mindestens 6,50 Mark auf Grund solcher Verträge. Auch eine entsprechende Steigerung des Gerstenzolls wurde beschloffen. Agrariern im Lande ist das noch nicht genügend; sie möchten 10 Mark Zoll haben, damit die notleidende Landwirtschaft endlich einige Lasten los wird. Es ist nicht abzusehen, weshalb nicht gleich 100 Mark und noch mehr auf den Doppelcentner gelegt werden. Denn weder sind mit 6,50 noch mit 8 noch mit 65 oder 80 Mark Zoll Handelsverträge überhaupt möglich. Geht man aber einmal auf die agrarischen Pläne ein, so bedeutet ein Zollfuß von 8 Mark auf den Doppelcentner bei einem Verbrauch von 13 Millionen Tonnen Brotgetreide eine Liebesgabe von 1040 Millionen Mark vornehmlich an wenige hundert Großgrundbesitzer, erpreßt grobhenweise in der Hauptsache aus den Taschen der arbeitenden Bevölkerungsklasse. Ein Arbeiter, der 2 Mark Tagelohn hat, müßte künftig täglich 35 Tage arbeiten, um die Preisverteuerung des Brotes wieder einzubringen, während er jetzt bei einem Zollfuß von 3,50 Mark pro Doppelcentner doch mit 15 Tagen im Jahr freikommt. Wollen die Agrarier

ein „großes Mittel“ erobert, so verlangen sie einen Zollfuß, der die Arbeiterschaft während eines halben Jahres in ihre moderne Frohnbe zwingt, und überlassen für die zweite Hälfte des Jahres den vaterlandslosen Gesellen dem großindustriellen Bruder zur weiteren Auspumpung. Auf diese einfache Weise wäre die Leibeigenschaft wieder hergestellt ohne die lästige Verpflichtung, die Sklaven auch ernähren zu müssen.

Bardon wird nicht gegeben.

Der nationalsozialistische Vertretertag hat sich am zweiten Tage seiner Beratungen in Leipzig vornehmlich mit der Stellung zur Chinafrage und zu der Rede des Kaisers beschäftigt, in der die Hunnen mit ihrem König Ethel erklert wurden und das Wort an die Soldaten fiel: Bardon wird nicht gegeben. Der Führer der nationalsozialistischen Parteiorgan, lebhaft verteidigt und dabei in christlicher Nächstenliebe nach gefragt: Was wir denn machen wollten, wenn es 50 000 Chinesen einfielen, sich zu ergeben? Totschlagen war die Antwort, die zwischen den Zeilen gegeben wurde. Darob war unter den Namen Raumanns etwas Bewegung und Protest erfolgt, der sich auf dem Vertretertag in einer langen Debatte ausblühte. Für die Auffassung, die in den weltpolitischen Kreisen des Bürgertums herrschend geworden, sind die dort gefallenen Ansprüche so lehrreich, daß wir unseren Lesern ein ausführlicheres Bild der Debatte wiederzugeben uns verpflichtet fühlen.

Damalschle=Berlin, der Vordenreformer und nachmalige Reichstagskandidat, unterbreitet den Vertretern des Vereins folgende Resolution: „Der 5. nationalsozialistische Vertretertag erklärt ausdrücklich, daß die Auslegung des Wortes Bardon wird nicht gegeben, lediglich eine Privatmeinung der Redaktion der „Hilfe“ ist, für die die Nationalsozialisten als solche nicht die Verantwortung zu tragen haben.“ In der Begründung führt der Redner aus, daß die Resolution in Wirklichkeit nichts zur Sache sagt. Die „Hilfe“ habe aber in dieser Frage nicht die Zustimmung der weiteren Kreise der Partei-Angehörigen, denn dieses Wort als Grundsatz aufgestellt, sei eine nationale Gefahr. Er könne sich sehr gut in die Situation versetzen, wo Bardon nicht gegeben werden kann. Dann dürfe aber kein Generalappell ausgegeben werden, sondern die Verantwortung für solche Ausnahmen haben die Offiziere zu tragen.

Erdmannsdörfer=Marburg meint, daß an die Stelle großer Thaten Brutthastigkeit und Keuflichkeit getreten seien. Die Deutschen haben die Ernennung Waldersees zum Oberbefehlshaber wie Parvenis aufgenommen, sie hätte aber den Deutschen als etwas Selbstverständliches erscheinen müssen. Die langen Ausführungen des Redners sind äußerst unklar; teilweise eine Beurteilung der China-Politik, sind sie zugleich die Verherrlichung des gegenwärtigen Systems.

Scheffer=Leipzig wirft Damaschke vor, daß er den Kaiser geschulmeister habe. Der Kaiser, der schon vor Jahren vor dem Osten gewarnt habe, wisse, gerade weil er der Kaiser sei, besser als jeder Deutsche, was im Auslande vorgehe. Ueber auswärtige Politik könne eigentlich nur der Kaiser und Graf Bülow reden. Der Hunnenbefehl sei eine Folge der im Jahre 1870 gemachten Erfahrungen; denn damals seien die deutschen Soldaten von den Franktireuren aus dem Hinterhalte ermordet worden. Der Kaiser schiede sich an, der Schirmherr der ganzen Welt zu werden.

Raumann: An der Resolution Damaschke sei formell nichts auszusetzen, sachlich jedoch würde ihre Annahme eine Ablehnung des von der Hilfe vertretenen Standpunktes bedeuten. Die Ethik dürfe nur auf dem Boden gelten, aus dem heraus sie erwachsen sei. Mit dem Appell an die Menschlichkeit hätte man in den letzten zwanzig Jahren auswärtiger Politik die größten Dummheiten begangen können. Das Volk, das zu viel Mitleid empfinde, könne zu leicht selbst ein Gegenstand des Mitleids werden. Rücksichtsloses Vorgehen ist ein Zeichen nicht der verfallenden, sondern der aufsteigenden Kultur. Das Wort des Kaisers war aus politischen und sachlichen Gründen berechtigt. Der Umstand, daß es sich um eine Kaiserrede handle, habe die Haltung der Hilfe gewiß nicht bestimmt. Er habe angenommen, daß hinter der Hunnrede Bülow stehe. Die deutsche Presse habe sich dieser Rede gegenüber unendlich kleinlich, schwächlich und öde erwiesen. Der Ton der liberalen und sozialdemokratischen Presse, wäre flach und oberflächlich gewesen und habe zum ehrlichen geschichtlichen Borne herausgefordert. Die Meinungsverschiedenheit über diesen Punkt könne übrigens die Einheit der Partei nicht erschüttern, wie immer die Entscheidung über die Resolution Damaschke fallen möge.

Bicentiat Traub erklärt, er habe zwar gegen Raumann in der Hilfe Stellung genommen, werde aber trotzdem gegen die Resolution Damaschke stimmen. Barbarische Mittel müßten barbarische Rückwirkung üben. Trotzdem sei zu wünschen, daß der Vertretertag der Einheitlichkeit wegen über die Resolution Damaschke glatt zur Tagesordnung übergehe. Es sei bedauerlich, daß so viele Theologen um der Haltung der Hilfe willen die Partei verlassen hätten, bedauerlich besonders um der Theologen willen. Die Theologie müsse solche Fragen an sich herankommen lassen, sonst sei sie so weit, zu Grunde zu gehen. Man dürfe sich durch ekelhafte Ausführungen, die nur zu demokratischen Untrieben benutzt würden, nicht ins Vockshorn jagen lassen (Beifall.)

Professor Schöm: Die Annahme der Resolution Damaschke würde dahin ausgelegt werden müssen, daß der Vertretertag die Meinung Raumanns mißbillige. Auch er stehe — und gerade aus Gründen der Ethik — auf Raumanns Standpunkt. Der Name Hunnenpastor sei Raumann mit Unrecht angehängt worden. Die ethische religiöse Frage sei nicht, wie Krieg geführt werden dürfe, sondern ob Krieg zulässig ist. Dürfe aber Krieg geführt

Sruppen daran, daß nur diejenigen Kandidaten als Sozialisten betrachtet werden würden, die die drei Grundprinzipien, die als Grundlage des Einigungskongresses gelten, in ihren Wahlschriften wiederlegen würden.

Der Bericht über das Komitee als Schlichter fungiert in zwei Punkten wegen der Gleichheit, und zwar in Jure und in Facto. In drei Sitzungen hat das Komitee über Millerands Arbeiterschaftsnovelle beraten. Die Stimmen für und wider waren 24 gegen 24. Es kam also zu keinem Beschluß.

Das Komitee hat die Kommune-Fester des 18. März veranstaltet und anlässlich der blutigen Matwoche einen Aufruf an die Arbeiter veröffentlicht, der zugleich von der Kammerfraktion unterzeichnet war. Eine gemeinsame Arbeiter-Verammlung konnte dagegen nicht veranstaltet werden wegen der gleichzeitigen Gemeindevahlkampagne.

Die Streiks haben eine häufige Einmischung des Komitees erfordert. Durch die Vermittlung der Propaganda-Kommission entstanden das Komitee Redner nach dem Streikgebiet. Protest-Resolutionen wurden vom Komitee gefaßt anlässlich der Megeleien auf der Insel Martinique und in Chalons und des unternehmerlichen und behördlichen Druckes in Leipzig.

Der Bericht schließt mit der Wiedergabe der bekannten Resolutionen des Komitees in Sachen der Interpellation über die Megeleien von Chalons; der Mißbilligungsresolution gegen die 21 Deputierten, die dabei für das Ministerium stimmten, und der Antwort des Komitees auf den Gegenprotest der 21 Deputierten. (Stürmischer Beifall links.)

Blanc (sozialist. revolut. Föderation, Rechte), Mitglied des Generalkomitees: Dubenfalls Bericht ist summarisch. Ehe wir die Debatte eröffnen, müßten die Berichte der Kontroll- und der Propaganda-Kommission verlesen werden. Inbes befinden sich diese Berichte noch in der Druckerei. Bis sie per Rad oder Droschke herbeigeschafft werden, würde eine Stunde vergehen.

Daher wird zunächst der Bericht der Kammerfraktion

verlesen, vom Abg. Rouanet, dem Vorsitzenden der „mißbilligten“ Fraktionsmehrheit.

Die Meinungs- und Abstimmungsgegenstände innerhalb der Fraktion sind die Widerspiegelung der Gegensätze innerhalb der Partei. Daher so häufige Fälle divergierender Bestimmungen. In den Grundprinzipien ist die Fraktion, wie die Partei, einig, was durch mehrere einseitliche Bestimmungen bezeugt wird. Aber die drei sozialistischen Formeln, die dem vorjährigen Kongress zur Grundlage gedient (Vergesellschaftlichung, Klassenkampf des Proletariats und Internationalismus) genügen nicht zur Sicherung eines einheitlichen Votums in allen Fragen der Tagespolitik. Da spielt eben die Verschiedenheit der Auslegung jener Formeln mit. Zudem hat die Kammerfraktion keine feste Geschichtsordnung. Die Unterordnung der Minorität unter die Mehrheit der Majorität nach geflogener Beratung könnte allein ein einheitliches Votum herbeiführen. Dies ist aber unmöglich, weil die Fraktion aus Vertretern verschiedener Organisationen besteht.

Die Einteilung der Fraktion in eine ministerielle Mehrheit und eine antiministerielle Minderheit ist lediglich ein volantisches Argument. (Beifall rechts.) Beweis: Die „Antiministeriellen“ haben sich häufig der Zustimmung enthalten, um nicht das Ministerium zu stützen. Auch haben sie in gewissen Fällen sogar für das Ministerium gestimmt. Redner erinnert an die geschlossene ministerfreundliche Haltung der Fraktion unter dem radikalen Ministerium Leon Bourgeois. (Beifall rechts.) Wenn damals einige Sozialisten gegen das Ministerium stimmten, so dachten sie nicht daran, die übrigen Abgeordneten als „Renegaten“ zu brandmarken. Jetzt aber werden die „ministeriellen“ Abgeordneten mit heftigen Vorwürfen bedacht, die unter Genossen nicht an Plätze sind und der Gesamtpartei schaden. (Dauernder Beifall rechts.) Die Haltung der Fraktionsmehrheit war durch die Rücksicht auf die Verteidigung der Republik bestimmt. (Vehementer Beifall rechts, Proteste links, Rufe rechts: „Hoch die Republik!“) Einige Sozialisten (Redner zielt auf einen neulichen Artikel Guesdes an) meinen, der Klassenkampf bedinge Gleichgültigkeit gegen die politischen Formen und dem Proletariat sei es einerlei, ob Wilhelm II. oder Doucet regiere. (Beifall rechts und Rufe: „Hoch die Republik!“) Wenn das das credo des Sozialismus ist, dann hat man allerdings recht, die Fraktionsmehrheit des Renegatenkums zu bezichtigen. In Wahrheit aber ist die sozialistische Partei republikanisch, demokratisch und antikerital. (Stimm. Beifall rechts; Rufe: „Hoch die Republik!“ — „Nieder mit den Pfaffen!“) Die Sozialisten haben von jeher gegen die bourgeoisen Verleumdungen protestiert, die sie als laue Republikaner hinfällten. Die ganze Vergangenheit unserer Partei ist republikanisch und antikerital. So steht es auch mit dem Sozialismus im Ausland. Siehe die Reden über ausländischen Delegierten auf dem Internationalen Kongress. Aus diesem Grunde hat die Fraktion das Kabinett Leon Bourgeois unterstützt, in dem sie eine Garantie der demokratischen Fortentwicklung erblickte. Ja, damals hat die Fraktion mit Ausnahme einiger Enthaltungen sogar gegen die Abschaffung der Anarchistengesetze gestimmt, die von der Rechten beantragt war, um das Kabinett zu stützen. Nun war bei Entstehung des Kabinetts Waldeck-Roussieu die Situation ungleich kritischer als 1895. Seit Juli 1899 hat die reaktionäre Koalition nicht aufgehört, gegen das Ministerium und die Republik Sturm zu laufen. Dieser Koalition den Weg zu versperrten — das war der ständige Zweck der Fraktionsmehrheit. Um so mehr, als die Reaktionen sich stets bei ihren Angriffen über die Förderung der „revolutionären Umtriebe“ durch das Ministerium beklagten. Auch die parlamentarische Enquete über Chalons (die von der Fraktionsmehrheit abgelehnt wurde, um das Ministerium zu retten) wurde von der Rechten in dem Sinne beantragt, die schwächliche Haltung der Regierung gegen die Streitenden bloßzulegen. (Proteste links.) Niemand verdächtigte die Haltung der Fraktionsminderheit, wenn diese mit den kirchlich-Monarchisten und Nationalisten in den Abstimmungen zusammenging. Wenn die Sozialisten für das Kabinett Bourgeois unterstützten — schon mit Rücksicht auf dessen Reformen zu Gunsten der Arbeiter. Während das Kabinett Bourgeois in dieser Beziehung keine Spuren hinterlassen hat, hinterläßt das gegenwärtige Kabinett (Rufe links: „Schlächtereien! Chauvins!“)

Redner zählt Millerands Reformen auf unter lebhaftem Beifall der Rechten. Die Einigkeit der Fraktion kann nur durch die Einigkeit der Partei verwirklicht werden, denn nur unter dieser Bedingung würde die Fraktion ein geschlossenes Ganze bilden.

Die Fraktion wurde ferner mit großen und mitunter verletzenden Mitteln bedacht auch wegen ihrer Stellung zum Generalkomitee. Nun ist aber das Verhältnis zwischen Komitee und Fraktion vom vorjährigen Kongress keineswegs klar bestimmt worden, was notwendig ist, um Konflikte zu vermeiden. Wie das Komitee, ist auch die Fraktion das Exekutivorgan der Partei. Beide müssen also gleichgestellt sein. Wenn das Komitee auf die Unterstützung der Deputierten bei der Agitation rechnen darf, so sollte das doch in gemeinsamen Beratungen des Komitees und der Fraktion geregelt werden. Gewisse Komiteemitglieder sagten, die Deputierten wären nur dazu da, im Lande die Agitation zu bejagen. Das ist irrig. Der Deputierte gehört vor allem der Kammertribüne und dann muß er auch in seinem Wahlkreise tätig sein, denn davon hängt der Einfluß der Partei im gegebenen Kreise ab.

Im Anfang hat das Komitee die Deputierten zur Agitation commanbiert in schriftlichen Ausdrücken, die sowohl die Würde des Menschen wie die der Abgeordneten verletzen mußten. (Beifall rechts.) Die Deputierten haben das Recht auf dieselbe Achtung wie alle anderen Genossen. Ihr Mandat darf nicht zur Ursache der Unterordnung und Erniedrigung werden. Man hat in Bezug auf das Verhältnis zwischen Komitee und Fraktion von Herren und Knechten gesprochen. In der sozialistischen Partei darf es weder Herren noch Knechte geben. (Beifall rechts.)

In keinem Lande wurde die Kontrolle über die Fraktion so gehandhabt, wie vom Generalkomitee. Wir gehen nicht so weit, um für unsere Fraktion die Stellung der deutschen Reichstagsfraktion zu verlangen, die nur vor dem Parteitag verantwortlich ist, aber wir verlangen eine Neuorganisation des Verhältnisses zwischen Komitee und Fraktion, damit Konflikte unmöglich werden. (Langanhaltender Beifall rechts.)

Schluss der Sitzung 6 Uhr.

werden, so müsse man ihn mit den Mitteln führen, die zu raschem Erfolge führten. Krieg und Staat gehörten aber unerbittlich zusammen. Aus dem Kriege sei der Staat geboren und zum Krieg führen sei der Staat da. Wenn der Staat sein soll, so soll auch der Krieg sein! Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist — der Krieg gehöre aber vor allem dem Kaiser. Das ganze Staatsleben ist nicht angewandte Ethik. Der Staat als solcher hat keine Religion, er soll und kann keine haben. Das Wort von der humanen Kriegsführung ist irreführend; es bedeutet soviel wie kaltes Feuer und trockenes Wasser. Trotzdem aber soll Krieg sein, weil es einen Staat geben soll, in dem das Christentum gedeihen kann. (Stürmischer Beifall.)

Professor Gregory wendet sich scharf gegen diejenigen, die wegen der Haltung der Hilfe der Partei abtrünnig geworden sind. Es sei ein Zeichen politischer Unreife, aus einer ethischen Frage eine politische Frage machen zu wollen. Nebenher selbst hätte den Satz Raumanns nie geschrieben, aber Raumann hätte das Recht, seine Meinung zu äußern.

v. Gerlach bittet gleichfalls, die Resolution Damaschke abzulehnen. Raumann habe sich ein Verdienst erworben dadurch, daß er die Rede des Kaisers verteidigte. Politisch sei die Rede unendlich gewesen und habe sogar besonders im Auslande geschadet. Von dem Nicht-Pardongeben gelte das, was Luer an Bernstein geschrieben habe: „Lieber Ede, so was schreibt (muss heißen: „sagt“.) (Red.) man nicht, das thut man.“ (Heiterkeit.) Mit Nächste liebe dürfte man in der auswärtigen Politik nicht kommen. Raumann habe als Erzieher gewirkt, als er seinen Satz in voller nackter Klarheit aussprach und dafür müsse man ihm dankbar sein. (Beifall.)

Dr. Scheven erklärt, seinen Gefühlen hätte Raumanns Haltung nicht entsprochen. Man müsse auch im Kriege nach Humanität streben. Es sei eine natürliche Folge der Kaiserrede, daß die Phantasie der Soldaten über das Nicht-Pardongeben hinausgeht und übergeht zur Blinderung, zur Frauenschändung, zum Kindermord.

Warrer Eisenstein: Die Versammlung könne nicht beschließen, was ethisch richtig ist. Die Unwissenheit und Unfehlbarkeit des Kaisertums, die Herr Scheffer verkündet habe, dürfe die Nationalsoziale Partei nicht anerkennen. Gegen solchen Byzantinismus muß man protestieren. (Beifall.)

Pohlmann meint, wenn der Vertretertag die Resolution Damaschke ablehne, werde man in der Öffentlichkeit glauben, daß sich die ganze Partei auf Raumanns Standpunkt stelle. Wer immer von den Nationalsozialen dann in die politische Arena treten werde, dem würde das vorgehalten werden. (Beifall.)

Die Debatte wird geschlossen. Das Schlusswort spricht der Antragsteller

Damaschke: Die Uebertreibungen Scheffers hätten bewiesen, wohin man mit der allzu starken Betonung des Nationalismus kommen könne. Scheffer verlange eine chinesische Mauer für Deutschland. Raumann und Sohn hätten ihren Standpunkt so scharf formuliert, daß nun erst recht eine Ablehnung der Resolution unendlich sei. Raumann habe ein sachliches Urteil verlangt; dadurch bekäme die Entscheidung des Parteitags programmatische Bedeutung. Mit der Resolution sei nicht mehr gesagt, als daß man in der Partei über diese Frage verschiedener Ansicht sein dürfe. Nur Parteitagsbeschlüsse, nicht Hilfsnotizen dürfen bindend für die Partei sein. (Lärm.) Dadurch würde die freie Entwicklung der Partei behindert. Die Ablehnung der Resolution bedeute Umahme des Hilfs-Standpunktes. (Widerspruch und Beifall.)

Zu einer persönlichen Bemerkung ergreift noch Raumann das Wort. Er erklärt, von programmatischer Bedeutung sei die Entscheidung nicht. Die Meinungsfreiheit der Parteimitglieder sei durch die Debatte genügend erwiesen. Die Zwiespältigkeit der Meinungen sei durch die Debatte erwiesen worden. Einer Resolution bedürfe es nicht.

Der Vorsitzende Gregory legt Damaschke nahe, seine Resolution zu ändern.

Damaschke schlägt vor, der Resolution diese Form zu geben:

„Da in der nationalsozialen Bewegung nur Beschlüsse des Vertretertages für die einzelnen bindend sind, erklärt die Versammlung, daß sie keinen Anlaß habe, zu den Ausführungen der Hilfe über den Satz: Pardon wird nicht gegeben, ihrerseits Stellung zu nehmen.“

Raumann empfiehlt die neue Resolution zur Annahme, da sie für ihn nichts Belastendes habe.

Die Resolution wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

ParteiSekretär Wendt findet, daß Raumann den politischen Standpunkt der Partei so klar dargelegt, daß seine Resolution überflüssig geworden sei. (In dieser Resolution, die wir vor einigen Tagen mitgeteilt haben, wird die Haltung der Sozialdemokraten in der Chinafrage als „waterlandlos“ auf das Schärfste verurteilt.)

Raumann bemerkt im Schlussworte, daß die Meinungsverschiedenheiten die Einheitlichkeit der Partei nicht gefährdigen habe. Ueber das Wort vom Hunenpaster sei er nicht unglücklich, obwohl es im nächsten Winter durch alle Versammlungen jagen werde. Das Wort sei übertrieben, denn den König Engel habe er abgelehnt. Desto scharfer mußte nun der freiheitliche Standpunkt der Partei hervorgekehrt werden.

Damit endet dieser Verhandlungstag.

In einer Abendversammlung, die von den Arbeitern Leipzigs erklärlicherweise peinlich gemieden, von bürgerlicher Seite aber sehr gut besucht war äußerte sich nach der Leipziger Volkszeitung, der wir den Bericht entnommen haben, Professor Sohm noch dahin: „Für den nationalen Gedankens sei die Prüfungsstunde da. Nicht gerne habe man den „Spaziergang nach Peking“ angetreten; der Gang der weltwirtschaftlichen Entwicklung habe dazu gezwungen. Die deutsche Ehre sei drüben tödlich verletzt worden. Kette Lera

Blut schreie um Rache. Das Vaterland sei in Gefahr. Der deutsche Sozialismus habe die Prüfung nicht bestanden. Die Schreier auf der Seite „der Sozialen“, denen der deutsche Arbeiter blindlings folge, hätten die Parole ausgegeben: Für China gegen das deutsche Volk! Das sei ihr Verbrechen! In diesem Augenblicke hätten sie das Gift des Klassegenosses in die Herzen gegossen. Die beste Volksvertretung seien zur Zeit die blauen Jungen in China. Für sie heiße die Parole: Das Vaterland ist in Gefahr; wir sterben für das Vaterland! Ein deutscher Mann nehme es mit Hundert Chinesen auf. Was die Leute in der Zeitung lesen vom Klassegenosse, das sei ja doch bloß graue Theorie. An ihrer Haltung in der Chinafrage werde die deutsche Sozialdemokratie scheitern.“

Das war am Montag. Am Tage vorher hat der deutsche Kaiser das an leitender Stelle der heutigen Nummer abgedruckte Telegramm an den chinesischen Kaiser gesandt, in dem kein Wort von Rache mehr enthalten ist. Es wird also für den nachgezügten Professor Sohm wie für seine Hunnengenossen nichts anderes übrig bleiben, als Recht zu machen und so ziemlich alles zu widerrufen, was sie in dieser Angelegenheit in Leipzig gesagt haben. Sie müssen denn dem Kaiser nicht mehr Gefolgschaft leisten wollen. —

Ausland.

Rußland. Wir lesen im Berliner Tageblatt: „Die sieben polnischen Sozialisten, die vom Warschauer Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden sind, sind vom Jaren zu lebenslänglicher beziehungsweise zwanzig- und fünfzehnjähriger Zwangsarbeit in Sibirien begnadigt worden. Wie ich erfahren habe, erfolgt dieser Gnadenakt infolge umfassender Aussagen, welche die Verurteilten über die Verbreitung und Organisation ihrer Partei gemacht haben. Im Anschluß daran sind im Königreich Polen bereits recht zahlreiche Verhaftungen erfolgt und es stehen noch weitere bevor. Im Petersburger Ministerium des Inneren und in der Gendarmereiverwaltung ist man nicht wenig bestürzt über die verhältnismäßig große Verbreitung der Bewegung, gegen die aufs Energischste vorgegangen werden wird, zumal sie bereits ins innere Rußland vordringt. Insbesondere soll Piew infiziert sein.“ Wir werden abwarten haben, was sich an dieser Meldung, die den offiziellen Charakter trägt, bewahrheitet. —

Südafrika. Die Ablische Zeitung meldet aus Oporto, daß laut Privatdepeschen bereits über 3000 Burenkrieger die Grenze überschritten und von den portugiesischen Truppen ohne Widerstand entworfen wurden; die Waffen und der ganze Schießbedarf wurden von den portugiesischen Behörden nach Mozambique in Verwahrung gebracht. Nimmehr bestimmte indessen die Lissaboner Regierung, daß alle Buren, die nicht per Schiff ins Ausland weiter ziehen wollen, nur an gewissen zu bezeichnenden Stellen sich auf portugiesischem Gebiet ansiedeln dürfen. —



Parteigenossen!

Denkt bei allen Zusammenkünften an die Verbreitung der Volksstimme.



Magdeburger Angelegenheiten.

— Magistrat contra Feuerwehr. Der Konflikt zwischen dem Magistrat und der Feuerwehr scheint sein Ende erreicht zu haben. Der Magistrat hat die Gehälter anstandslos ausbezahlt. Das Beste, was er thun konnte. —

— Zur Wohnungsnot. Zur Zeit sind im Obdachlosenstift 23 Männer, 37 Frauen und 125 Kinder, die obdachlos geworden sind, weil sie keine Wohnung finden konnten, untergebracht. Dabei kommen noch stündlich Neumeldungen. Der Raum im Asyl ist so beschränkt, daß die Männer des Tages über nicht in der Anstalt unterbringen können. So äußert sich die Wohnungsnot, welche das Hausagrarium verschuldet. Ob wohl auch diese Zahlen die Kommission, welche Vorschläge zur Vinderung der Wohnungsnot machen sollen, nicht zur Beschleunigung ihrer Arbeiten veranlassen wird? —

— Betriebstechnisches von der Straßenbahn. Am Mittwoch früh zwischen 7 1/2 und 7 3/4 Uhr hatten sich an der Haltestelle der Straßenbahn auf der Gr. Diesdorferstraße mehr Menschen als gewöhnlich angesammelt, die sehnsüchtig das Erscheinen der „Elektrischen“ vom Westbahnhof her erwarteten. Einige Geschäftsreisende trippelten ängstlich hin und her, dabei fortgesetzt die Taschenuhr betrachtend. Allgemein war die Meinung verbreitet, es müsse irgendwo eine größere Betriebsstörung eingetreten sein, dies schien aber ausgeschlossen, da von der Stadt her die Wagen angefahren kamen. Der Fahrer mußte also an einer anderen Stelle liegen. Endlich nach langem Warten kam von oben der erste Wagen, und die Fahrgäste waren natürlich nicht wenig erstaunt, als sie als Grund der Verpätung erfahren mußten, daß wegen Fehlen eines Schaffners der um die genannte Zeit fällige Wagen nicht abfahren konnte. Herr Direktor S. würde sich den Dank der Fahrgäste verdienen, wenn er durch Anstellung einiger Reserve-Schaffner derartige Unfälle künftig aus der Welt schaffen würde. —

— Wieder einer. Am Dienstag nachmittags gegen 3 Uhr wollte ein hiesiger Milchhändler an der Steinmetzstraße einen im Gange befindlichen Motorwagen bestiegen, rutschte hierbei aus und kam recht unsanft auf das Straßenpflaster zu liegen. Der Inhalt einer Milchkanne sowie der seiner Gelblasche bedeckten das Pflaster. Schnell hinzuströmende Passanten zogen den Abgestürzten hervor und verhilfen so ein größeres Unglück. —

— Glücklicherweise gerettet wurde noch der vierjährige Sohn des Arbeiters Vogel, der am Montag bei Nordis Wadenstalt in die Besen gefallen war, durch einen Schiffer. Der Knabe hatte auf Floßhölzern gespielt, war ins Wasser gefallen und beinahe ertrunken, wenn nicht noch im letzten Momente der Schiffer den Knaben erreicht hätte. —

— Stadttheater. „Carmen.“ Wie die Wirkung war, die in deren männlicher Hauptrolle des Jofe Herr Keller sorgfältig und so großen Erfolg sich erkungen, wird Donnerstag wiederholt. Bei dem morgigen, freitags, stattfindenden Wiederholung von „Lanternen“ wird Herr Keller den Walthar von der Vogelweide singen. Die Premiere des vieraktigen Schwantes von Wolters und Königsbrunn-Schupp „Der Hochzeitsstag“ ist auf Montag den 8. Oktober festgesetzt. —

Vitterarische.

Ein Dilemma von J. R. Huzsmann, überf. von Ed. Fuchs. 7 Bogen mit zahlreichen Buchstaben 1 Mark. Der Verlag von W. Ernst in München hat sich mit der Buchausgabe dieses, aus der besten Schaffenszeit Huzsmanns stammenden Werkes das Verdienst erworben, einen bedeutenden Schriftsteller weiteren Kreisen bekannt zu machen. Dazu erscheint uns gerade „Ein Dilemma“ besonders geeignet. Schilbert es doch in klassischer vollendetester Form die Heuchelei der Gesellschaft in den das Liebes- und Geschlechtsleben betreffenden Konflikten mit rücksichtsloser Schärfe, ohne dabei in den Fehler der Bitterkeit zu verfallen, die diesen Gegenstand zugleich als Nahrungsmittel auf die grobe Sinnlichkeit wirken lassen. Der Uebersetzer ist der schwierigen Aufgabe, den pointierten Stil Huzsmanns im Deutschen wiederzugeben, vollkom. gerecht geworden, so daß wir das mit passendem Bilderschnuck versehene Buch zur Anschaffung empfehlen können. —

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Hd. Berlin, 3. Oktober. Nach einem Telegramm des Volatanzelgers aus Hamburg berichtet der gestern dort eingetroffene Kapitän Gibson, der Führer des englischen Dampfers „Tangernünde“, daß er in der Nordsee die norwegische, mit Kuchholz beladene Bark „Gustav Meßler“, deren Besatzung inzwischen aus England als gerettet gemeldet ist, in vollen Flammen stehend antraf. Der Versuch, das Schiff in Schlepptrosse zu nehmen, ist als aussichtslos unterblieben, weil der Brand bereits zu weit vorgeschritten war. —

Wien, 2. Oktober. Aus Kolumen in Ostgalizien wird dem Berliner Tageblatt berichtet: In der Ortschaft Jaluzce überfielen mit Säbeln und Messer bewaffnete Bauern das Wohnhaus eines jüdischen Schankwirts Koppel Siegel und massakrierten in grauenerregender Weise den Wirt, seine Frau und die Magd, wonach sie alle Wertgegenstände raubten. Koppel Siegel starb unter schrecklichen Schmerzen, seine Frau und die Magd sind lebensgefährlich verwundet. —

Diebstahl im Vatikan.

Rom, 2. Oktober. Wie die Agenzia Stefani hört, haben Diebe im Vatikan einen Geldschrank erbrochen und daraus 357 000 Lire in Rententiteln und 3000 Lire in barem Gelde entwendet. Der Geldschrank befindet sich im zweiten Stock des Vatikan und gehört der Verwaltung der päpstlichen Paläste. Es stellt sich heraus, daß die Diebe mit den Verwaltern wohl vertraut waren und den Diebstahl sorgfältig vorbereitet hatten. Der Untersuchungsrichter des Vatikan, Jüngerelli, stellte Nachforschungen nach den Dieben an, die bis jetzt erfolglos geblieben sind. —

Hd. Rom, 3. Oktober. Nachdem der Vatikan jede weitere Auskunft über den in der Palastverwaltung stattgefundenen Diebstahl verweigert, ist die Ermittlung der Täter sehr erschwert. Da aber die Nummern der entwendeten Eisenbahn-Obligationskarten bereits vom Vatikan dem Auslande telegraphisch mitgeteilt worden, hofft man auf diese Weise Licht in die mysteriöse Affaire zu bringen. —

Kreta.

Hd. Rom, 3. Oktober. Der in Livadia eingetroffene Prinz Georg von Griechenland, der Gouverneur von Kreta, wird sich von dort nach Italien begeben und als Gast des Königs von Italien in Capobianco einige Tage Aufenthalt nehmen. Was die Zwecke der Reise anbelangt, ein Definitum bei den Mächten durchzusetzen, so bezieht man in diplomatischen Kreisen, daß die Mächte geneigt sein werden, die Angelegenheit jetzt als aktuell zu behandeln, da es keiner Macht ernstlich sein könne, den Kreis der augenblicklich auf der Tagesordnung stehenden politischen Fragen noch zu erweitern. —

Zum Kriege in China.

Hd. Petersburg, 3. Oktober. Das Berliner Tageblatt meldet von hier: Zwischen Chabarowsk, dem administrativen Centrum der Amurprovinz, und Charkin in der Mandchurie ist eine Telephonverbindung hergestellt. General Klementzow marschiert weiter in die Mandchurie hinein. In Schanghai soll die Bewegung zurückgehen; der wichtige Punkt und Handelsplatz soll von den Russen besetzt werden. —

Hd. London, 3. Oktober. Nach antiken Meldungen aus Peking ist der Bestand der Doppelströmung an dem chinesischen Hofe Thaisache. Der Kaiser sei zu Friedensverhandlungen geneigt, die Kaiserin-Witwe widersetzte sich diesen jedoch und beständige die fremdenfeindliche Stimmung. Der Ausbruch eines Bürgerkrieges sei wahrscheinlich. Si-Hung-Tschang gebot nach der Konferenz mit dem Grafen Waldersee sich an das Hoflager der Kaiserin-Witwe zu begeben. —

Hd. Rom, 3. Oktober. Der Admiral Cambiani telegraphiert aus Tientsin, daß Graf Waldersee eine Truppenkammer über die deutschen, österreichischen und italienischen Truppen abgehalten habe. Der General beschäftigt sich augenblicklich mit der Reorganisation des Transportdienstes. —

Hd. Paris, 3. Oktober. Nach einem Schanghaier Telegramm erklärte der französische General-Konful, daß die Kaiserin-Witwe bei ihrer Durchfahrt auf der Flucht mit dem kaiserlichen Hofe durch die Stadt Tuang-Cang-su den Befehl gegeben hatte, sämtliche Europäer, welche in der Stadt sich befanden, zu ermorden. 15 französische Missionare seien infolgedessen hingerichtet worden. — Dergleichen Meldungen sind bisher meistens erfunden worden. —

Vom Kriege in Südafrika.

Hd. London, 3. Oktober. Aus Pretoria wird gemeldet: Ein bedeutender Eisenbahnzug wurde an der Natalgrenze durch Buren überfallen. Die den Zug begleitenden Soldaten wurden zu Gefangenen gemacht. — Der Termin für die straflose Rückkehr nach Natal ist den Freiwilligen Natal auf unbestimmte Zeit verlängert worden. —

Privat-Telegramme der Volksstimme.

London, 3. Oktober. Daily Mail berichtet aus Kapstadt, daß General Buller Lord Roberts nach England begleiten werde. Den Oberbefehl über die englischen Truppen in Südafrika übernimmt Lord Kitchner. —

London, 3. Oktober. Die Blätter beider Parteien besprechen die Wahlergebnisse und äußern sich befriedigt über dieselben. Wei. Parteien rechnen auf den Sieg. Bis jetzt sind 235 Resultate bekannt. Man rechnet auf eine Regierungsmehrheit von 100 Stimmen. —

London, 3. Oktober. Aus Peking wird berichtet: Am 24. September wurde eine deutsche Patrouille von Chinesen angegriffen. Generalmajor von Höpner organisierte infolgedessen eine Expedition zur Befreiung der Schulbigen, die aus 2000 Mann Infanterie in einer Batterie Artillerie bestand. In der Gegend südlich von Peking verbrannten die Deutschen mehrere Dörfer und vertreiben die Chinesen. Bei den Kämpfen wurden 4 Deutsche verwundet. —

Washington, 3. Oktober. Die von den Blättern angekündigte Note Delcassés an die Mächte über die Chinafrage ist hier noch nicht eingetroffen. Man ist jedoch der Ansicht, daß Amerika seine Zustimmung versagen werde. —

Burg Große Burg

Schuhmacher-Versammlung

Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Quelle“.

Tages-Ordnung:

I. Neue Aufgaben der organisierten Arbeiterklasse. Referent: G. Peus-Dessau.
2. Verschiedenes.

Bahrscheinliches Erscheinen ist notwendig.

2640

Der Clubreferent.

Solo allein

„Margarine wird vielfach auch die Perle des Buttererfahes genannt! Nicht nur durch ihre Billigkeit, sondern hauptsächlich infolge ihrer vorzüglichen gleichmäßigen Qualität hat sich die Marke Solo in Tausenden von Familien eingebürgert und ist heute unentbehrlich für jede Hausfrau!“



Gesundheits-Vogelbauer

Blechrohr-Käfige
nach Dr. Karl Nuy (D. R. P. 5301)
Ungeziefer unmöglich.

Papagei-Käfige

in allen Größen von 9 Mark an.

Die beliebtesten

Vogelstarkfutter-Vorrichtungen und Glasbadhäuschen zu billigsten Preisen.

Heinr. Schmidt

Altenmeister

Gr. Münzstraße 3, Ecke Rutscherstr.

Praktische Leibbinden

für Damen von 4 M. an für alle Zwecke,

Gummi-, Schlauch- und sämtliche Ver-

bandbinden, Monatsbinden Dgd. 1 M.,

Terigator 1.50 M., Gummi- u. Zinn-

Druckspritzen für alle Zwecke, Metall-

Wärmehüllen 3.50 M., Bett-Einlagestoff,

Meter 3 M., Wundwatte und Wabe-

schwämme, Frottier-Handschuhe,

Fieber- u. Wadenthermometer, Stroh-

decken 3 M., Luft- und Wasserklaffen,

Gummistricke mit Zinkblech 4 M.,

Reuchbänder, stets passend und bequem

liegend, sowie alle Gummi-Artikel.

Rud. Brüning, Magdeburg-

Schneckerstr. 21, schräg über d. Kirche.

Nuy eine volle Mark gebe 5 Proz. Rabatt in bar.

Möbel

in größter Auswahl

Eigene Fabrikation,

bayer billigste Preisstellung.

Kleiderchränke von 28-100 Mk.

Sofas von 45-100 "

Bettstellen von 15-100 "

sowie sämtliche andere Möbel.

W. Schottstedt, Große Münz-

Preiskisten gratis und franko. 2327

Baendel's Uhren.

billigster Verkauf in

Goldene Damenuhren 15, 17, 20 Mk.

Silberne Damenuhren 10, 12 Mk.

Silberne Herenuhren 3.50, 5, 10, 15, 20, 22 Mk.

Weckenuhren gut gehend, 2.50, 3, 4, 5 Mk.

Regulateure 18, 20, 22 Mk.

Reparaturen.

Taschenuhr-Feder 75 Pf.

oder Reinigen

Für jede Reparatur oder gekaufte Uhr 3 Jahre Garantie.

Jakobsstr. 40.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

reelle Arbeit, empfiehlt 927

C. Dittmar, Tischlermeister

Tischlerergasse 26.

1 Stoff- und Plüsch-Sofa, sowie eine rote Bettstelle mit Matratze, auch einige Stühle und sehr schöne Spiegel sehr billig zu verkaufen. 984

Jakobsstr. 21, 2. St.

15 Schmidtstraße 15.

Bringe meine

Schuhwaren-Reparatur-Werkstatt

in empfehlende Erinnerung.

Rud. Lummert, Schuhmacher-

meister.

Das Hungernde Russland.

Reiseeindrücke
Beobachtungen und Untersuchungen
von
Dr. E. Lehmann und Parvus.
Mit vielen Illustrationen und einer Karte des Hungergebietes.
Das reich illustrierte Werk umfasst 16 Lieferungen à 40 Pf.
Die Ausstattung ist eine gediegene.
Der Preis für das komplette Werk beträgt broschiert 6 Mk.
In englischer Leinwand gebunden 7.50 Mk.

Neustadt Neuhalt endlebenerstraße 45 **Neustadt**
Bringe meine Wajch- u. Blatt-Ausstatt
2688 in empfehlende Erinnerung.
Achtungsvoll **Antonie Keil.**

Burg. Möbel in jeder Hohart
Polsterwaren, Särge.
M. Stollberg 2683
Breiteweg 7 und Nachstraße 5.
Wohne vom 1. Oktober ab
Gr. Diesdorferstr. 23
vorn 2 Treppen
Frau Steinecke.
Bestellungen auf alle Schriften und die Volksstimme werden entgegen genommen.

Der Kanarienvogel
in gesunden und kranken Tagen.
Seine Behandlung, Zucht u. Pflege.
Von A. Berger.
Preis nur 1 Mark.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme
49 Jakobstraße 49.

Kgl. Rumänischer Cirkus Cesar Sidoli
Magdeburg, Königstraße.
200 Personen.
123 Pferde.
Täglich abends 8 Uhr:
Brillante Vorstellung
Im Sonntags-Feiertagen und Mittwochs:
Zwei Vorstellungen
um 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends.
Ausstattungs-Pantomime: Nach Sibirien.
Alles näher die Tageszettel.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 4. Oktober 1900.
Carmen.
Große Oper von Georg Bizet.
Freitag, den 5. Oktober 1900.
Tannhäuser.
Oper in 3 Akten von Richard Wagner.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag, den 4. Oktober 1900.
Boccaccio.
Operette in 3 Akten von Franz v. Suppé.
Freitag, den 5. Oktober 1900.
Don Cesar.
Operette in 3 Akten von Dellinger.

Walhalla.
Jeden Abend: 2665
Konkurrenzloses Programm
16 Nummern 16

Neu eröffnet. Kaiser-Panorama
Filiale Berliner Passage
Magdeburg, Br. Weg 134 I.
altes Stadttheater.
Geöffnet von morgens 9 bis abends 10 Uhr.
II. Zyklus:
Pariser Weltausstellung 1900

Am Montag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, entließ sanft nach langen Leiden mein lieber Mann und guter Vater, Sohn und Bruder, der Hölzer **Richard Reinhardt.**
Dies allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um stille Teilnahme. 989
Wwe. Anna Reinhardt geb. Luckert nebst Kindern u. Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 5 1/2 Uhr vom neuen Sündenburger Kirchhof aus statt.

Privat-Pfandhaus

Franziskanerstraße 3a. 2622
Täglich bis abends 8 Uhr ununterbrochen geöffnet.
M. Korn.

Schönebeck, Bestellungen auf die **Volksstimme** entgegen.
Gross-Salze und Umgeg. Th. Schmidt, Broihansgasse 6 von 1. Oktober ab: Götlicherstraße 52.

Stadt. Arbeitsnachweisstelle
Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb. unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Fernsprechanschluss: Rathaus Nr. 2150-2155.
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7
Geldfreie Vermittlung von männlichem und weiblichem Personal aller Art, wie Arbeitern, Hausdienern und Burichen, Handwerkern, Diensthöten, Aufwartungen und Arbeiterinnen.
Nur solche schriftlichen Aufträge von Arbeitgebern, welche genaue Angaben über Lohn, verlangte Leistungen und sonstige Bedingungen enthalten, können berücksichtigt werden.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften
Unentgeltliches Anknunftsureau
Geöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.
Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Fernsprech-Anschluss 1409.

Fertige Betten
reichlich mit weichen Bettfedern gefüllt, Ober-, Unterbett und Kissen 12 1/2 Mark.
Hotel-Betten 2666
mit garantiert federdicht. Inletts, komplette Betten zu 15, 18, 22 Mark.
Herrschafts-Betten
mit Halbbaunen-Füllung hochfein, 33, 38, 45 und 50 Mark.
A. Kirschberg
City-Hotel, gegenüb. d. Ulrichskirche.

Lampen.
Große Auswahl von Neuheiten aller Art in guter solider Ausführung, mit den besten, neuesten Brennern ausgestattet.
Auch können vorhandene Lampen, welche im Brennen nachgelassen haben, mit neuen, praktischen Brennern wieder ausgerüstet werden.
Sämtliche 2368 Ersatzteile einzeln.

Otto Janoschek
vorm. C. Marguardt
Große Junferstraße Nr. 6a
der „Budauer Bierhalle“ gegenüber.

Otto Schmidt
Bismarckstadt
Grosse Diesdorferstraße 227
empfiehlt alle Sorten

selbstgearbeitete Cigarren
große Facon, schöner Brand, zu billigsten Preisen. Bei 100 Stück Mille-Preis.
— Bitte zu probieren. —

Wittagstisch, jauber, bei Ebel, Rothkeßstr. 21.

Triumph
ist der Name der berühmten feinen 2655
5 Pfg.-Cigarren
von **A. Biermann**
Magdeburg, Kaiserstr. 20.

Antisemitisches.

Am Sonntag hielten die Antisemiten des Königreichs Sachsen, die unentwegt unter der Firma Deutsch-Soziale Reformpartei an Herrn Zimmermann, dem Nivalen Liebermanns v. Sonnenberg, und am „deutsch-völkischen“ Programm festhalten, ihren Parteitag in Niesab. Dabei kam es zu einer erbaulichen Aussprache über die Internas der antisemitischen Partei und die der Spaltung zu Grunde liegenden Ursachen, über welche Herr Zimmermann berichtete.

Herr Zimmermann nahm den Mund gewaltig voll. Er gab zwar zu, daß der Antisemitismus „Schlappen erlitten habe“, behauptet aber, die seien nur den „anderen“ zu verdanken. Die Juden hätten Mißbehagen über die Spaltung empfunden. Liebermanns zarte Rücksichtnahme auf die Konservativen habe drastische Resultate gezeitigt. „Wir müssen kräftig genug werden, um Parteigeschäfte zu machen.“ Schacherpolitik also ist das Ideal der Deutsch-Sozialen. Sonst schimpft man doch über das Schachern der Juden. Die Notizen, so meinte Herr Zimmermann weiter, bedauern im Herzen Liebermanns Ausschneiden. „Liebermann sei ihnen als Gegner sehr willkommen gewesen.“ Zimmermann nicht minder, wie wir ihm versichern können. Vertrauensvoll schaut Herr Zimmermann in die Zukunft. Er meinte, der Antisemitismus habe in Deutschland gewaltig (!) an Boden gewonnen, aber andere hätten Nutzen daraus zu ziehen gesucht. Der Königer Morb, die Eröffnung des Riesenwarenhauses Tieg in Berlin seien bezeichnend für die Gesamtlage. Wer jenes Unternehmen unterstützt, würde bald bekannt werden, dem deutschen Reichel wird die Schlafmütze von den Ohren gezogen. Bezüglich der Stellung der Antisemiten zur sozialen Gesetzgebung erklärte der Redner, daß diese nach wie vor unterstützt werde. Allerdings müsse nun einmal aufgehört werden mit der „einseitigen Arbeitnehmerpolitik“, es müsse auch etwas für die kleinen selbständigen Existenzen getan werden. Der lebhafteste Beifall, der bei diesem Teile der Zimmermannschen Rede ertönte, veranlaßte den also Ausgezeichneten nun noch zu einem packenden Vergleich, mit dem er seine Rede schloß. „Wie die Cymbern und Teutonen sich zusammenketteten und sich auf den Feind stürzten, so wollen auch die Deutsch-Sozialen sich zusammenketten und den furchtbaren Kampf zum Heile des deutschen Volkstums durchkämpfen.“ Ein grimmitiges Wüten flieht uns also noch bevor.

Der Abgeordnete Graf erzählte: „In der Fraktion sei seit 2 Jahren ein ersprießliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich gewesen, da Liebermann und Naab das persönliche Regiment angestrebt hätten. Wir regten uns dagegen. Die Folge war, daß selbst im Reichstag Beziehungen vorkamen und die Thätigkeit lahm gelegt wurde. Unser Ansehen schwand damit. Die Versuche, die Abgg. Werner, Windwald und Dr. Vielhaben aus der Parteileitung hinauszudrängen, seien ein weiterer Schritt gewesen, desgleichen der Versuch, unseren hochverdienten Dr. Giese aus der Geschäftsstelle zu verdrängen, die er unter großen Opfern halte. Die beständige Rücksichtnahme nach rechts und links, die Liebermann wollte, lähmte ebenfalls.“

Herr Klemm hat sich dem Zimmermannschen Flügel angeschlossen, weil Liebermann durch seine Rücksichtnahme auf

die Konservativen die Partei auf den toten Punkt gebracht habe. Herr Lohse endlich hat in der Sezession die Gewähr gefunden für eine Gesundung der Partei und warb im übrigen eifrig um die Gunst des Bundes der Landwirte, der zum Leidwesen der Zimmermänner mehr mit den „anderen“ sympathisiert. Gleich den Liebermännern will auch Herr Lohse das Programm des Bundes der Landwirte vertreten. Mit diesem Anerbieten unbedingter Gefolgschaft an die Brotwucherer schließt der Bericht der Deutschen Wacht, dem wir die vorstehenden Citate entnehmen.

Was hier mitgeteilt wurde, bestätigt im wesentlichen, was auch schon früher über die Ursache der Spaltung bekannt geworden ist. Liebermann v. Sonnenberg wollte die Antisemiten ganz ins Schlepptau der junkerlichen Reaktion spannen und dagegen wehrten sich die Kleinbürger, die der Partei angehören. Ihr Hauptverlangen ist reaktionäre Mittelstands-gesetzgebung, daneben wollen sie aber auch den Bauern helfen durch ein Mittel, welches diesen nichts nützen kann, durch den Brotwucher. Herr Zimmermann, der neben Liebermann nicht genügend zum Worte kommen konnte, machte sich zum Führer der Opposition gegen die „anderen“ und hat nun glücklich das Ziel seines Strebens erreicht. Er ist das geistige Haupt der „kleinen aber reinen“ deutschsozialen Reformpartei, von deren Reinheit jetzt wieder die Abonnements-Einladung der Deutschen Wacht des Herrn Zimmermann Zeugnis ablegt, in welcher der Ausdruck einer zusammenhängenden Schilderung des Königer Morbes „die sich spannend wie ein Roman liest“ als „Beitrag zur Klärung von einem Eingeweihten“ angekündigt wird.

Die alberne Blutmordfabel als Mittel zum Abonnentenfang. Es ist wirklich was Schönes um den Antisemitismus und Herr Graf hatte recht als er deklamierte:

Dem das Schindde muß doch weichen
Einer Sache hoch und hehr!

Aus der Parteibewegung.

Die Reichstags-Erwahl in Randow-Greifenhagen findet am Freitag, den 9. November, statt. Seitens der Sozialdemokraten kandidiert wieder wie in früheren Jahren Genosse Alwin Körten. Die Konservativen haben den Mittelmeister a. D. Prätorius, der auch seit mehreren Jahren den Wahlkreis im Landtag vertritt, aufgestellt. Bei der Wahl von 1898 fielen auf Körten 10 552 Stimmen, während der Konservative mit 15 020 Stimmen gewählt wurde.

Soldaten bei Sozialdemokraten. Zur Erleichterung der Einquartierungslasten hat die Stadtverordnetenversammlung in Spandau auf Antrag des Magistrats beschlossen, daß die aus der Stadtkasse in Zukunft zu gewährenden Servisätze verdoppelt werden sollen. Bei Besprechung dieser Angelegenheit wurde unter Hinweis auf den lesthin vorgekommenen Fall, daß die bei einem sozialdemokratischen Hauseigentümer einquartierten Soldaten eine Stunde nach ihrer Ankunft von der Polizei wieder fortgeholt worden sind, von einem Mitglied der Versammlung ausgeführt, daß unter solchen Umständen die sozialdemokratische Gesinnung einem Hausbesitzer ja nur von

Nutzen sein könnte. Darauf erwiderte Oberbürgermeister Seißke, der zugleich Polizeichef ist, der erwähnte Vorfall sei ohne sein Zutun geschehen; das würde indes nicht wieder vorkommen und der betreffende Hausbesitzer würde fortan wie jeder andere seine Einquartierung erhalten. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter hielt den bürgerlichen Mitgliedern, die sich über die Einquartierungslasten in bitteren Klagen ergingen, vor, wie wenig patriotisch dies sei; unter großer Heiterkeit fügte er hinzu, er und seine Gesinnungsgenossen seien in dieser Beziehung doch bessere Menschen; er als Hausbesitzer habe die bei ihm einquartierten Soldaten stets sehr liebevoll aufgenommen.

Wer ist Sozialdemokrat?

Der Mainzer Parteitag hat jener Fassung des Organisationsstatuts zugestimmt, nach welcher hinfort nur derjenige sich zur Partei zählen kann, welcher sie dauernd mit Geldmitteln unterstützt.

Der Satz ist nicht so zu verstehen, daß Genossen, die wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und großer Armut einen Beitrag nicht zahlen können, als nicht zur Partei gehörig betrachtet werden. Das wäre ja bei einer Arbeiterpartei, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, ein unhaltbarer Beschluß.

Aber der Parteitag ist von der Ueberzeugung ausgegangen, daß ein engerer Zusammenschluß aller Sozialdemokraten erforderlich ist, wenn wir auf unserer bisherigen Siegesbahn weiter schreiten wollen. So wie wir auf dem Bau, in der Fabrik, in der Werkstatt heute unsere Kollegen fragen, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind, werden wir in Zukunft alle Genossen aufzuklären haben, daß sie als brave Parteifreunde auch der politischen Organisation angehören müssen. Die Umwandlung ist notwendig geworden durch die veränderten Verhältnisse. Neben den kraftvoll emporgewachsenen Gewerkschaften muß auch für die Partei eine stramme große Organisation geschaffen werden mit regelmäßigen Einnahmen.

Der Parteitag hat den Genossen freigestellt, die Parteigeschäfte fortan in Vereinen zu erledigen. Wo auf eine Frauenbewegung Rücksicht genommen werden muß, ersucht der Parteitag, es bei der bisherigen Organisationsform zu belassen. In Magdeburg ist das nicht der Fall.

Wir haben hier einen sozialdemokratischen Verein, dessen Monatsbeitrag von 20 Pfennig (also 5 Pfennig pro Woche) jedem, auch dem ärmsten Genossen, den Beitritt gestattet. Aller Voransicht nach wird er die Geschäfte der Partei weiterführen. Wir fordern darum alle Sozialdemokraten auf, sich dem hiesigen Parteiverein anzuschließen. In den vergangenen Wochen hat bereits ein Teil der Genossen den Eintritt vollzogen. Aber noch genügt die Mitgliederzahl nicht. Sie muß noch um Tausende anwachsen, wenn der Verein werden soll, was er nach dem Mainzer Beschluß werden muß: Der Repräsentant der Magdeburger Sozialdemokratie.

Feuilleton.

Auferstehung.

Von Graf Leo N. Tolstoi.

(84. Fortsetzung.)

Sobald der Wagen vor der Thür der Polizeiwache hielt, umringten mehrere Polizisten den Gefangenen, der während der Fahrt gestorben war, und packten ihn bei den Armen und Beinen. Zehn Minuten später, als Nechudoff erschien, war man im Begriff, den Leichnam ins Lazarett zu schaffen. Das Lazarett war ein kleines, unsauberes Zimmer mit vier Betten; in zweien derselben lagen Kranke, ein Schwindsüchtiger und ein Mann mit verbundenem Kopf und Hals. Auf eins der beiden andern Betten legte man den Toten. Ein kleiner Mann mit glänzenden Augen und unaufhörlich beweglichen Brauen trat schnellen Schrittes an das Bett, betrachtete erst den Toten und dann Nechudoff und brach in lautes Lachen aus. Es war ein Wahnsinniger, den man bis zur Ueberführung in ein Irrenhaus hier untergebracht hatte.

„Sie wollen mir Furcht einjagen,“ sagte er. „Aber nein, es wird ihnen nicht gelingen.“

Gleich darauf sah Nechudoff einen Polizeilientenant und einen Lazarettgehilfen eintreten. Der letztere näherte sich ebenfalls dem Bett, ergriff die gelbe, noch warme und weiche Hand des Toten, hob sie hoch und ließ sie wieder fallen.

„Der hat sein Teil,“ erklärte er kopfschüttelnd, was ihn aber nicht hinderte, dem Reglement entsprechend, dem Toten die noch blaße Brust zu entblößen und aufmerksam das Ohr daran zu drücken. Alle schwiegen. Der Lazarettgehilfe richtete sich wieder auf, schüttelte wieder den Kopf und schloß die weit offenstehenden Augen des Toten.

„Sie jagen mir keine Angst ein, nein, Sie jagen mir keine Angst ein,“ wiederholte der Wahnsinnige während dieser ganzen Zeit, indem er an die Erde spuckte.

„Nun?“ sagte der Polizeilientenant.

„Na, man muß ihn in die Totenkammer bringen,“ erklärte der Lazarettgehilfe.

„Man bringe ihn in die Totenkammer!“ befahl der

der Lientenant. „Und Du komm' ins Bureau, um Deinen Bericht abzuschicken,“ sagte er zu dem Soldaten, der bei dem seiner Obhut anvertrauten Gefangenen stehen geblieben war.

Vier Polizisten ergriffen den Toten und trugen ihn ins Erdgeschloß. Nechudoff wollte ihnen eben folgen, als der Trübsinnige ihn aufhielt.

„Nicht wahr, Sie sind nicht mit ihnen im Einverständnis? Na, dann geben Sie mir eine Zigarette!“

Nechudoff gab ihm eine Zigarette, und der Wahnsinnig begann, ihm alle Verfolgungen zu erzählen, die man ihn erdulden ließ.

„Sie sind alle gegen mich und quälen mich Tag und Nacht!“

„Entschuldigen Sie mich,“ sagte Nechudoff und verließ, ohne das Ende der Erzählung abzuwarten, das Zimmer, denn er wollte sehen, was man mit dem Toten anfang. Die Polizisten hatten schon den ganzen Hof durchschritten und waren vor einer Kellerthür stehen geblieben. Nechudoff wollte sich ihnen anschließen, doch der Polizeilientenant hinderte ihn daran.

„Was wünschen Sie?“

„Nichts,“ verzetzte Nechudoff.

„Sie wünschen nichts? Nun dann gehen Sie Ihrer Wege!“

Nechudoff drehte sich um und ging zu seinem Fiaker zurück. Der Kutscher schloß auf dem Hof, Nechudoff weckte ihn und sagte ihm, er solle nach dem Bahnhof fahren. Doch noch hatte er keine hundert Schritt zurückgelegt, als er, wieder von einem Soldaten des Zuges begleitet, einer Lelega begegnete, auf der ein anderer, bereits toter Gefangener lag. Der Gefangene lag auf dem Rücken; Nechudoff konnte ihn in aller Ruhe betrachten. Ein so nichtsagendes Gesicht der erste Tote gehabt, so schön war dieser an Körper und Gesicht. Es war ein Mann in der Blüte der Jahre. Unter seinem halbrasterten Schädel bemerkte man eine energische, an der Nasenwurzel sich wühlende Stirn. Seine bereits blauen Lippen lächelten unter einem feinen Schnurrbart, und auf der rasierten Seite des Kopfes erschien ein Ohr von sehr reiner Zeichnung.

Der Ausdruck des Gesichtes war gleichzeitig ruhig, streng und gütig. Und nicht allein das Gesicht bewies, daß möglicherweise moralisches Leben in diesem Manne verloren

gegangen war, sondern auch die feinen Ruchel seiner gefesselten Hände und Beine, die allgemeine Harmonie und Kraft der Glieder, alles deutete darauf hin, daß ein schönes, starkes und kostbares menschliches Geschöpf er gewesen war. Und jetzt hatte man ihn getötet, und es beweinte ihn nicht nur niemand als Menschen, nein, man beweinte auch nicht einmal ein so wunderbares, umsonst zu Grunde gerichtetes Arbeitsinstrument in ihm! Denn Nechudoff sah wohl in den Augen der begleitenden Polizisten, daß das einzige Gefühl, das dieser Tote in ihnen wachrief, der Mergel über die Anstrengung und Placereien war, die derselbe im Gefolge hatte.

Er stieß einen tiefen Seufzer aus und setzte traurig seine Fahrt zum Bahnhof fort.

Als Nechudoff zum Bahnhof kam, war sämtliche Gefangene schon in den Waggons mit den vergitterten Fenstern untergebracht. Auf dem Perron standen etwa zwanzig Personen, die Verwandten oder Freunden Ueberwohl sagen wollten; sie warteten darauf, daß man ihnen erlaubte, sich den Waggons zu nähern. Die Aufseher des Zuges liefen mit zerstreuter Miene hin und her. Auf dem Wege durch die Stadt waren fünf Gefangene vor Hitze gestorben; drei waren unterwegs verchieden und die beiden anderen auf dem Bahnhof.*) Daß die fünf Männer, die ihrer Obhut anvertraut gewesen, gestorben waren, das kümmerte sie wenig, obwohl die geringste Vorsicht genügt hätte, sie am Leben zu erhalten. Darum kümmerten sie sich wenig, sie kümmerten sich nur darum, daß sie auch alle vom Reglement in solchem Falle vorgeschriebenen Formalitäten erfüllten, die Toten in die Hände der kompetenten Behörden abliefern, alle ihnen gehörigen Gegenstände beiseite legen und die Namen auf der Liste der nach Nowgorod gebrachten Gefangenen ausstrichen; das alles verursachte ihnen große Verlegenheit, die die erdrückende Hitze noch qualvoller gestaltete.

(Fortsetzung folgt.)

*) In Moskau starben vor einigen Jahren fünf Gefangene auf der Fahrt von ihrem Gefängnis bis zum Bahnhof von Nischni-Nowgorod infolge übermäßiger Hitze.

Magdeburger Angelegenheiten.

— Soziale Umzugsstudien. Der Proletarier ist doch beim Umziehen gar daran. Auf einem kleinen Handwagen findet seine Habe Platz. In wenigen Stunden hat er seine alte Wohnung aufgegeben und die neue Wohnung bezogen. Und wenn ihm etwas zerbricht, dann nagelt er selbst es wieder zusammen und es hält wieder bis zum nächsten Umzug. Bedenkt man dagegen einmal einen Umzug einer „besseren“ Familie. Diese braucht zunächst einmal so viele Tage, als der Proletarier Stunden. Deshalb ist auch die Plebejerzeit um so viel angenehmer, je größer die Wohnung ist, die bezogen wird. Und dann die anderen Sorgen all, welche der „ankömmling“ zu bewältigen hat, wenn „gezogen“ wird. Nicht erbanlich schildert das ein Hausgehilfe, die Koffische Bettung:

„Das Viechtum nicht glänzlich macht, lehrte nichts Überzeugender, als jenseit der Straße bei jedem Stille, das treppab und treppauf getragen wird, mit stets erneuter Sorge erfüllt. Wenn das Klavier transportiert wird und sie die Plebejerzeit in die straffen Gänge gesamt sieht, in denen das mehrere Centner wiegende Instrument schwebt, zittert sie, und ihre Stirn kraut sich in schmerzlichen Mühseligkeit für die Wackeren, die Stufe um Stufe hinaufstapfen, taillös und mit fest aufeinandergepressten Rücken. Ihre ganze Liebesschwermigkeit wendet die Hausfrau aber auf, um zur Vorsicht zu mahnen, wenn die Koffer und Kisten an die Reihe kommen, die ihr Porzellan, Glas und Nippes enthalten. Welche Mühe und Sorgfalt hat es schon gekostet, um die so leicht zerbrechlichen Schätze zu verpacken, an denen sie mit ästhetischer Liebe hängt. Jedes dieser Kleinodien ist mehrfach in Papier gewickelt und, um es vor Stoß und Druck zu bewahren, sorgsam zwischen Wäsche und Wollzeug gebettet. Tand nennt verächtlich eine große Zahl der gestreuten Echeren diese allerdings oft blauen Erzeugnisse der keramischen Industrie. Aber sie verkennen, daß gerade diese von ihnen gering geschätzten Nippes ihrer Häuslichkeit das charakteristische Gepräge verleihen, das ihr weder der Stiel noch die einfach stilisierten Muster, zu denen sich die Tapetenmanufaktur emporgeschoben, noch das Möbilar geben können, das, mehr oder weniger geschmackvoll, schließlich doch auch Fabrikware ist. In der eigenartigen Anordnung und Anordnung der Nippes allein liegt die Möglichkeit, die Individualität zur Geltung zu bringen: aus einer Wohnung ein Heim zu schaffen. Beim Umzug freilich haben jene Bildersticker einen billigen Triumph; denn selbst wenn das letzte Stille glänzlich oben angelangt ist, schwebt die Hausfrau noch immer in banger Sorge, ob trotz aller Vorsicht nicht doch manche wertvolle Figur oder Vase in Trümmer gegangen ist.“

Das sind Sorgen, welche die Proletarierfrau allerdings nicht kennt. Sie hat kein Klavier, keine Nippesachen, kein wertvolles Porzellan, keine großen Spiegel und wertvolle Gemälde. Kein großer Möbelwagen ist notwendig, um die Besessenen eines Proletariats aufzunehmen. Ein kleiner Wagen, oft sogar ein Handkarren thut es. Der Proletar zieht auch nicht um, weil ihm eine neuerbaute Fabrik den Frieden seines „Heims“ gestört hat, oder weil ihm seine Einkommensverhältnisse gestatten eine größere Wohnung zu beziehen, die wenigstens einen hübschen, großen Salon enthält, den man braucht, zur Erfüllung seiner gesellschaftlichen Pflichten. Der Proletarier zieht um, weil ihm die Miete gestiegen ist. Er kann sie nicht bezahlen und muß sich deshalb eine andere Wohnung suchen, die billiger ist. Das ist aber gleichbedeutend mit einer noch kleineren, dunkleren Wohnung, als die bisherige, mit einem noch dunkleren Kellerloch als dasjenige ist, in welchem man bisher hauste. Man betrachte sich nur die vermorschten, wumstigen, farblosen Schränke und Weisfellen, diese verrosteten, zerissenen Decken, Betten und Vorhänge, diese wackeligen, wackeligen Tische und Stühle und vor allen Dingen diese klaffen abgehärmten Frauen und Kinder, die an dem kleinen Wagen, der die Besessenen trägt, nachschleichen oder mit einem Stille Hausrat in der Hand den Wagen begleiten. Kann man sich diese bleichen, abgehärmten Menschen, diese schmutzigen, abgebrauchten Möbel überhaupt in einer hellen, freundlichen Wohnung denken? Das Kleid würde noch unerträglich sein, wenn es die helle, freundliche Sonne beschien.

So lehrt uns die Umzugszeit, indem sie die Kränze in ihrer ganzen Nacktheit auf die Gasse jagt, der Menschheit ganzen Jammer kennen und giebt uns Gelegenheit zu Vergleichen über die zwei Nationen, von denen die eine in Wäldern und Höhlen haust und von Elend und Jammer umgeben ist, während die andere in Ueberfluß lebt und einen Luxus entfaltet, der ihr selbst zur Last und Qual wird. Dumpfe, lichtlose Not bei den einen, Ueberfluß und Verschwendung bei den anderen, das sind die beiden Pole unseres gesellschaftlichen Lebens. Will man sie recht kennen lernen, dann gehe man auf die Straße und vergleiche den Umzug der „Kleinen“ mit dem der „Großen“.

— Sittenpolizeiliches. Der Minister des Innern, Freiherr v. Rheinbaben, hat in Bezug auf die Festnahme weiblicher Personen eine bemerkenswerte Verfügung erlassen. Zunächst ist es den Polizeibehörden zur strengsten Pflicht gemacht worden, bei Verhaftungen, beziehungsweise Festnahme weiblicher Personen, welche in dem Verdachte stehen, öffentlich erregenden unsittlichen Lebenswandel zu führen, die größte Vorsicht zu beobachten, um Mißgriffen

vorzubeugen. Muß eine solche Verhaftung vorgenommen werden, so ist sie stets durch Kriminalschutzleute in Zivil, nie aber durch Schutzleute in Uniform auszuführen. Ortsanfertige weibliche Personen, also solche, die in dem jeweiligen Aufenthaltsorte eine freie Wohnung haben, sollen in Zukunft nicht mehr verhaftet, sondern nur zum Zwecke der Feststellung ihrer Personalkarte vorläufig festgenommen werden. Nach Erledigung des Feststellungsaktes sind sie sofort wieder in Freiheit zu setzen. Die nicht im Orte ansässigen weiblichen Personen müssen durch die Reviere mittelst Wagens der Ortspolizeicentrale behufs weiterer Veranlassung eingeliefert werden. Die Vorstände sind persönlich dafür haftbar, daß diese Personen besondert inhaftiert und nicht in einem Kinnere untergebracht werden, in dem sich weibliche Personen befinden, die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehen oder sich sonstwie in sittlicher Hinsicht vergangen haben. Der Verlaß wird eine Besserung gegen den früheren Zustand bewirken. Was gefordert werden muß, giebt er noch lange nicht.

— Schlechte Einschnürer — Vorpiegelung falscher Thatsachen. Allen Biertrinken wird eine Entscheidung des bayerischen Obergerichts München zur Gemüthsruhe gereichen. Diese hat das schlechte Einschnürer der Biertrüge als eine Vorpiegelung falscher Thatsachen, eventuell als vollendeten Betrug qualifiziert. Ein Schenksteller war wegen Betrugsverdachts in Untersuchung verhaftet worden, weil er nachweisbar wenigstens in zwei Fällen an Gäste statt einer Maß nur eine halbe, bezw. 1/2 Quart Bier abgegeben hatte. Vom Landgericht München war er zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden mit folgender Begründung: Es liege eine Vorpiegelung falscher Thatsachen seitens des Angeklagten vor, weil er durch die bekannten Kunstgriffe — Heben und Senken des Kruges beim Einschnürer etc. — übermäßig viel Schaum erzeugte und so bei den Gästen den Schein erweckte, als ob sie volle Krüge bekämen, während thatsächlich der Inhalt der Krüge nur zum kleinsten Teil aus Bier, im übrigen aber aus Schaum bestand. Das Obergericht hat dieses Urteil bestätigt.

Gemeinde-Zeitung.

Wie es in Preußen um die gesetzliche Schulpflicht der Kinder bestellt ist, zeigt eine Schilderung der Sächsischen Schulzeitung, die man für unmöglich halten müßte, wenn das durchaus loyale Blatt nicht ausdrücklich versichert, daß die ihm von beteiligter Seite zugegangene Mitteilung zwar unglücklich, aber buchstäblich wahr und amtlich verbürgt sei. Wir lesen:

Nach Osnabrück brachte eine von Posen nach Dresden verzogene Mutter in eine Vorortschule von Dresden einen Knaben zur Anmeldung, der am 23. Dezember 1891 in Demenschenow (Kreis Posen) geboren, demnach seit zwei Jahren schulpflichtig war, aber bisher eine Schule noch nicht besucht hatte. Auf die Anfrage des betreffenden Schuldirektors, wie das Kind, erklärte die Mutter, daß es in dem dortigen Schulhause an Platz gemangelt habe, alle schulpflichtigen Kinder aufzunehmen. Da diese Angabe nicht recht glaubhaft erschien, wandte sich der Direktor an die Orts-Schulbehörde von Demenschenow, woher die Mutter gekommen war, aber ein Bescheid blieb aus. Auf eine weitere amtliche Anfrage bei der Kreis-Schulinspektion zu Posen wurde die Wahrheit dieser leider unglücklichen Angabe voll bestätigt. Der Lehrer des Dresdener Knaben, wohin Demenschenow eingeschult ist, erklärte amtlich: Der Knabe ist am 14. April 1898 zum hiesigen Schulbesuch angemeldet worden, mußte aber wegen Ueberfüllung pro 1898/99 und 1899/1900 vom diesseitigen Schulbesuch zurückgestellt werden, und der königliche Kreis-Schulinspektor bestätigte dies durch folgenden amtlichen Vermerk: Die Angaben des Lehrers sind (nach den bekannten Verhältnissen in Demenschenow) als zutreffend anzusehen.“

Man sieht, wir leiden an solchem Ueberfluß von Kultur, daß wir Plagemangels halber unsere Kinder nicht mehr in die Schule zu schicken brauchen. Wir verwenden die Millionen zweckmäßiger, um die Chinesen zu zivilisieren! Selbst das Krupporgan, die Berliner Neuesten Nachrichten, verurteilt diese Zustände auf das entschiedenste.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

— Lohnreduktionen auf den Kruppischen Werken. Nach Bochumer Lokalbülletern sind seit dem 15. September auf der Kruppischen Zeche „Hannover“ die Gehälter um 10 Prozent, die Schichtlöhne aber um 20 Prozent gekürzt

worden. Das Ueberflüssigmachen soll gänzlich abgeschafft worden. Sollte diese Lohnreduktion auf den Kruppischen Werken, wo 4300 Arbeiter (ausschließlich der ca. 4000 Beamten) beschäftigt werden, allgemein durchgeführt werden, so ergäbe das eine Minderung der Ausgaben um 5 160 000 Mk. pro Jahr. Daß ein Wert, welches beim Bezug der Kohlen und Rohstoffe nicht einmal von anderen Werken abhängig ist und 10 bis 12 Millionen jährlich Ueberfluß macht, auch nur einen Schein von Berechtigung zu einer Lohnreduktion hat, ist ausgeschlossen.

Der Streik der Glaser in Berlin ist beendet. Die Meister bewilligten die Forderungen zum größten Teil.

Die Wein- und Holzkäfer in Mainz hatten in den letzten Wochen eine Lohnbewegung eingeleitet, die jetzt durch beiderseitige Aussprache ohne Ausstand zu einem vollen Erfolg der Käfer geführt hat. Bis auf eine Weinhandlung und zwei Meister haben die Arbeitgeber sämtliche Forderungen bewilligt.

Belgischer Glasarbeiterstreik. Seit zwei Monaten streifen bereits die Glasarbeiter im Hennegau. Der Streik hat folgende Ursache: Die Glasarbeiter sind so glänzend organisiert, daß nur ein kleiner Bruchteil unter ihnen außerhalb des Gewerkvereins steht. Da nun infolge schlechten Geschäftsganges der Industrie zum Winter sehr bedeutende Betriebsstillstellungen und Einschnürungen zu erwarten waren, so beschloß die Arbeiterorganisation, diese Arbeitslosigkeit lieber bereits in die Sommermonate zu verlegen und den Arbeitgebern ein Ultimatum zu stellen, in welchem sie die Dienstentlassung der unorganisierten Arbeiter verlangten. Die Forderung wurde abgelehnt und eine Glashütte nach der anderen mußte ihre Feuer löschen. Die Arbeiter sind bis zum letzten Widerstand eingeschlossen. Sie wollen lieber auswandern als nachgeben. Auch auf Seiten der Fabrikanten ist noch keine Neigung zur Bewilligung der Forderungen vorhanden.

Zum Kohlengräberausstand in Amerika wird gemeldet, die Grubenbesitzer hätten beschlossen, auch den Preis des Sprengpulvers, das die Grubenarbeiter kaufen, von 2 1/4 auf 1 1/2 Dollars für das Faß herabzusetzen. Der Unterschied soll indessen in die den Arbeitern zugestandene zehnprozentige Lohnhöhung eingerechnet werden. Bisher sind keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die Ausständigen auf diesen Vorschlag eingehen.

Soziales.

Sitzgelegenheiten für Verkäufer und Verkäuferinnen in offenen Verkaufsstellen. Dem Bundesrat ist ein Entwurf von Bestimmungen über die Herstellung ausreichender und geeigneter Sitzgelegenheiten in offenen Verkaufsstellen zugegangen; er lautet:

1. In denjenigen Räumen der offenen Verkaufsstellen, wo die Kundenschaft bedient wird, sowie in den zu solchen Verkaufsstellen gehörenden Schreibeisenden muß für die daselbst beschäftigten Verkäufer und Verkäuferinnen eine nach der Zahl dieser Personen ausreichende Sitzgelegenheit vorhanden sein. Für die mit der Bedienung der Kundenschaft beschäftigten Personen muß die Sitzgelegenheit so eingerichtet sein, daß sie auch während kürzerer Arbeitsunterbrechungen benutzt werden kann.

2. Die Verfügung der Polizeibehörden bleibt unberührt, im Wege der Verfügungen für einzelne offene Verkaufsstellen oder durch allgemeine Anordnungen für die offenen Verkaufsstellen ihres Bezirks zu bestimmen, welchen besonderen Anforderungen die Sitzgelegenheit in Rücksicht auf die Zahl der Personen, für welche sie bestimmt ist, sowie hinsichtlich ihrer Lage und Beschaffenheit genügen muß.

In der Begründung des Entwurfs wird auf die Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamts bei den Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeiterverhältnisse im Handelsgewerbe hingewiesen, welche die Gesundheitsgefährdungen der in öffentlichen Verkaufsstellen thätigen Personen insbesondere dem Umstand zurechnen, daß die Arbeit sitzend verrichtet werden muß.

Anti-Papierring. Die „Papiereinkaufsstelle Deutscher Zeitungsverleger“, G. m. b. H., hielt in Berlin eine zahl-

Kleines Feuilleton.

Die erste deutsche Station für Telegraphie ohne Draht. In Italien, Amerika und besonders England hat man die drahtlose Telegraphie bereits verschiedentlich verwertet, in Deutschland dagegen war man bisher über Versuche noch nicht hinausgekommen. Die erste praktische Anwendung ist nunmehr, wie wir der Elektrotechnischen Zeitschrift entnehmen, auf Veranlassung des Norddeutschen Lloyd unter Mitwirkung der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingerichtet worden. Die genannte Gesellschaft hat ein großes Interesse daran, rechtzeitig zu erfahren, wann ihre überseeischen Dampfer in Bremerhaven ein treffen, um danach ihre Maßnahmen für das Lösen usw. zu treffen: sie warte daher an, ob es nicht angängig sei, eine Telegraphenverbindung zwischen der Insel Vorkum und dem Feuerlöcher Vorkum-Riff herzustellen und so den vorüberfahrenden Schiffen Gelegenheit zu geben, Seetelegramme abzusenden. Bereits Ende des vorigen Jahres wurde mit den Vorbereitungen begonnen und als Station auf der Insel Vorkum der 1 1/2 Kilometer von dem eigentlichen Inselort entfernte elektrische Leuchtturm gewählt. Neben diesem Leuchtturm wurde ein 35 Meter hoher Signalmast aufgestellt und an dem Mittelmast des Feuerlöcher-Riff eine 10 Meter hohe Stange errichtet. In den ersten Tagen des Februar d. J. waren diese Arbeiten fertiggestellt und gleichzeitig die Telegraphenleitung zwischen Vorkum bis zum Leuchtturm weitergeführt. Ehe man jedoch noch daran gehen konnte, eine telegraphische Verbindung herzustellen, wurde in der Nacht vom 15. zum 16. Februar infolge eines heftigen Schneesturmes die Stange an dem Mittelmast des Feuerlöcher-Riff gebrochen und über Bord geschleudert. Fortgesetzt stürmische Wetter verhinderten das Anbringen einer neuen Stange bis Ende April, wo die alljährliche Ausbesserung des Feuerlöcher-Riff gegen das Ueberfließen zwecks Ausbesserung erfolgte. Es fand sich trotzdem eine Gelegenheit, die Watson-Apparate auf ihre Betriebsfähigkeit zu erproben, indem am 28. Februar der mit gleichen Apparaten versehene Lloyd-Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ Vorkum passierte und mit der dortigen Station mehrere Telegramme wechselte. Bei der Ende April vorgenommenen Ausbesserung des Feuerlöcher-Riff wurde dann die Stange neu eingeseilt und seitdem sind täglich mehrere Telegramme zwischen Vorkum-Leuchtturm und Vorkum-Riff gewechselt worden, bei denen eine im allgemeinen befriedigende, zeitweise sogar recht gute Verständigung erzielt wurde. Am 24. Juli wurden zwischen dem westwärts fahrenden Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ und der Station Vorkum-Leuchtturm Telegramme gewechselt, die noch auf 50 Seemeilen (92 Kilometer) Entfernungen gut lesbare Zeichen ergaben. Die Einrichtung der Anlage ist von der Regierung in jeder Weise, insbesondere durch Vergabe des Feuerlöcher-Riff für diesen Zweck, unterstützt worden, und die Reichspost- und Telegraphenverwaltung

hat in bereitwilligster Weise die erforderlichen Schreibeanten gestellt und in jeder Weise das Unternehmen gefördert.

Preussische Dichtereur. Aus Hannover wird gemeldet, daß des patriotischen Hohenzollerndichters Wildenbruch Heren Lieber ein beliebtes Vortragsstück zahlreicher deutscher Negitatoren, das einen gewissen Konflikt mit tiefen tragischen Ereignissen behandelte, polizeilich von dem Programm eines Deklamators gestrichen worden sei. Der national-liberale Hannoverische Courier bemerkt mit treffender Satyre dazu: „Nichtens wird noch der Saug an Negir verboten, denn der Herr der Glut schwimmt ja nackt herum, und Riz und Red ebenso.“

Wahltagation in England. Die Sitten in englischen Wahlkampfen weisen manche uns völlig unbekannte und direkt komisch erscheinende Züge auf. Vor allem kommen für den Kandidaten zwei Dinge in Betracht, die „canvass“ und die „meetings“. Unter „canvass“ versteht man den persönlichen Besuch, den jeder Kandidat jedem Wähler machen muß. Dieser Besuch besteht schon länger als ein Jahrhundert, er wird bereits vom Dichter Cowper in einem aus dem Jahre 1784 stammenden Brief genau beschrieben: „Nach dem Diner“, heißt es da, „sich ich mit zwei Damen ruhig zusammen, als zu unserem größten Erfreuen eine Menge aus dem Volke vor unserm Fenster erschien. Es wurde an unsere Thür geklopft, die Straßenjungen schrien und das Mädchen kündigte Mr. Grenville an. Mein zahner Hase Puffig war gerade aus seiner Hütte gegangen, sobald der Kandidat durch die kleine, statt durch die große Thür eintreten mußte. Zum Glück sind die Kandidaten nicht sehr empfindlich gegen Belästigungen und würden lieber durch die Fenster hereinkommen als gar nicht. In einer Minute waren der Hof, die Küche und der Salon voll. Grenville näherte sich mir und schüttelte mir mit besonderer Zerlichkeit die Hand; dann sprach er vom Zweck seines Besuches. Ich versicherte ihm, daß ich keinen Einfluß hätte, was er nicht glauben wollte, um so weniger, als der Schneider Ashburne versicherte, daß ich großen Einfluß hätte. So endete unsere Unterredung; Grenville drückte mir die Hand, umarmte die Damen und zog sich zurück. Er umarmte auch das Mädchen in der Küche. Die Straßenjungen schrien, die Hunde bellten, und die große Menge, die dem Kandidaten folgte, verschwand.“ Heute geht es noch ebenso zu, es ist fast nur die Umarmung des Mädchens vom Programm gestrichen. Mehr als je sucht der Kandidat bei seinen Wählern einzudringen, zu einer Zeit, wo er sicher ist, sie zu treffen. Er kommt immer und macht einen Besuch von fünf Minuten bis zu dreiviertel Stunden. Ist der Wähler sehr alt oder sehr jung, so schickt der Kandidat seine Frau, die ihm unter holdem Lächeln im Namen ihres Gatten Jettel in die Hand drückt. Das Mädchen besonders muß sich recht oft als wirksam erweisen haben, denn häufig bekommt man folgende Warnung zu lesen: „Wähler von... Ich weiß, daß Ihr jedem männlichen Druak, der auf Euch ausgeübt wird, widerstehen könnt. Aber hütet Euch vor dem Druak, den Mitglieder des schwachen

Geschlechts auf Euer Gewissen auszuüben versuchen.“ Je nach dem Vermögen des Kandidaten nimmt der „canvass“ verschiedene Formen an. So hielten sowohl der Lordmayor wie seine Gattin vor der Thür ihrer Wähler in Southwack in den vergoldeten Karossen des Mansion House, die mit sechs Pferden bespannt und von einem Postillon und hinten von gepuderten Lakaien besetzt waren. Winston Churchill steigt in die Bergwerke Oldhams hinunter, um die Bergleute ja sicher zu treffen. In diesem Jahre leisten die Automobile den Kandidaten hervorragende Dienste. So hat Leicester Parnsworth, der Bruder des bekannten Herausgebers, nicht weniger als sechs zu seiner Verfügung, so kann er also gar nicht stecken bleiben. In Irland haben sich D'Orien und Healy, die geschworenen Feinde sind und sich beide um denselben Sitz in North-Dougl bemühen, zum „canvass“ gemeinschaftlich einen Wagen gemietet. Sie kommen also zusammen in dasselbe Dorf und halten vor demselben Haus. Erst steigt D'Orien ab, und Healy wartet im Wagen, dann, wenn D'Orien fertig ist, kommt Healy an die Reihe. Beide Gegner haben auch gemeinsame Wahlveranstaltungen in den Dörfern organisiert. Die Pferde werden ausgespannt, D'Orien steigt auf den vorbereiten Sitz, um den sich seine Anhänger scharen, und Healy steigt auf den Hintersitz. Vorn hört man dann D'Orien seinen Gegner als Lügner bezeichnen, und hinten qualifiziert Healy den feigenen als Renegaten! Aber trotzdem ist bis jetzt alles gut gegangen. Bei den „Meetings“ ist besonders Joe Chamberlain ein äußerst populärer Redner; der Grund seiner Volkstümlichkeit und Beliebtheit liegt zum großen Teil darin, daß er die Ungewohnheit hat, seine Phrasen durch Faustschläge zu interperungieren, was ihm den Beinamen „Boxer-Redner“ verschafft hat. Diese Eigenschaft gefällt den Engländern, denen selbst die Politik als Sport dient, ausnehmend, und als Chamberlain jüngst in Birmingham auf der Rednerbühne erschien, begrüßten seine Anhänger ihn mit dem Ruf: „Gieb es ihnen, Joe! Schläge zu!“ Und auch während der ganzen Rede wurde er durch Ausrufe wie: „Go on! Drück sie wie im Schraubstock! Wie ich ihnen die Rippen ein!“ unterbrochen. Als ein Umwelder dann zum Schluß noch in den begeisterten Sturm „Heute ist Joe in glänzender Form“ ausbrach, hätte man wirklich glauben können, man wohne einem Boxerkampf bei.

Ein Mißverständnis. Aus Bielefeld wird der Postischen Zeitung geschrieben: Ein Bauernsohn aus der Bielefelder Seite hatte sich zur Einstellung bei der Garde gemeldet. Nach einigen Tagen erhielt er Antwort. „Bader, kannst Du mit, wenn ich na'r Garde kame, woß noch hundert Daler mehr mitgeben, den da't Gesehr in t'at mi f'ü l'f'ö p'en.“ „Wies den Breef mal her, Junge“, sagte der Vater letzte seine Brille auf, las auch und sagte dann: „Ja, er es richtig, da steit er, dat mag aber bi de Garde woll nich anters gahn.“ Die Behörde hatte in dem Brief zum Schluß geschrieben: „Ge wä h z für Einstellung kann nicht gestellt werden.“

reich besuchte Generalversammlung ab, in der als einziges Mittel zur Beseitigung der jetzigen Zustände auf dem Papiermarkt die Förderung des Baues neuer Papierfabriken allgemein anerkannt wurde. Es sind bereits Projekte im Gange für den Bau von vier neuen großen Fabriken, von denen eine beinahe fertig ist. Der Syndikus Direktor Lehmann erhielt den Auftrag, alle diese Pläne durch Rat und Tat zu fördern. Mehrere hundert Zeitungen haben schon die Deckung ihres Bedarfs bei der Einkaufsstelle angemeldet.

Provinz und Umgegend.

Burg. Bürgerrechtsgeld und Wahlrecht. Die Ausübung des Wahlrechts zu den Stadtverordnetenwahlen ist in Burg außer an die in der Städteordnung festgesetzten Bedingungen noch an die Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes von 10 Mark für die Wähler der dritten Klasse geknüpft. Wer ein Einkommen von 750 Mark versteuert, wird mit einer Aufforderung zur Erwerbung des Bürgerrechtes beglückt und zugleich darauf hingewiesen, daß er an den Stadtsäckel in einer bestimmten Frist bei Vermeidung der Zwangseinzahlung 10 Mark zu bezahlen hat. Wenn der also Verurteilte nun aber der Meinung ist, daß er jetzt ein für allemal sein Wahlrecht „gekauft“ hat, so kann er sich hierin bbe täuschen. Die Sache ist ebenso einfach wie genial. Hat jemand zum Beispiel für 1898/99 auf Grund des obigen Steuerfahes das Bürgerrecht erwerben müssen und glaubt nun, im November 1900 sein teures erkauftes Wahlrecht ausüben zu können, so hat ihm die Steuereinschätzungs-Kommission insofern einen dicken Strich durch diese Rechnung gemacht, indem sie ihn eine Steuerstufe herabsetzte, so daß er für 1899/1900 nicht den in der Städteordnung verlangten Steuerfah bezahlt, resp. nicht das vorgeschriebene Einkommen hat. Das Bürgerrecht ist also erworben, aber Wahlrecht — giebt's nicht. Die Arbeiter erkennen hieraus, zu welchen unsinnigen ungerechten Folgen ein Wahlsystem führen muß, das nur den Geldbeutel als Maßstab nimmt. Die Arbeiter haben deshalb aber auch die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß solche widersinnigen Zustände, bei denen die Arbeiter auf alle Fälle die Geprüllten sind, beseitigt werden. Den ersten Schritt hierzu können sie thun, wenn sie im November solche Stadtverordnete wählen, die auf ihr Programm: **1. die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes, 2. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu den Gemeindevertretungen** geschrieben haben.

Wommern. Die Nachricht von der nachträglichen Entdeckung eines Mordes ist eine Erfindung. Es handelt sich um die Smal'sche Schlägeraffäre in Pöthy, aus welcher die Schuldigen noch nicht ermittelt sind.

Halle. Das Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Lehmann aus Wölbberg und Steinbrecher Watz aus Hohenstein wegen Wilddieberei und versuchten Totschlags zu 4 1/4 bzw. 1 1/2 Jahren Gefängnis. Beide hatten gewundet und waren vom Förster getroffen worden. Watz hatte dabei zwei Schüsse auf denselben abgegeben.

Nordhausen. Die diesjährige Hauptversammlung des Lehrerverbandes der Provinz Sachsen fand am Dienstag in Nordhausen statt, nachdem ihr am Montag ein Vertretertag vorausgegangen war. In der Hauptversammlung sprach Herr Lehrer Weber aus Magdeburg über die Stellung der Volksschule im Schulorganismus. Folgende vom Redner aufgestellte und angenommene Vorfälle beleuchten die Stellung der provinziälsächsischen Lehrer zur einheitlichen Volksschule:

1. Die Erziehung der heranwachsenden Generation stellt sich als eine einheitlich-nationale Aufgabe dar, die für die Zeit der Schulpflicht auch eine einheitliche Organisation der Erziehungsanstalten im Gefolge haben muß.
2. Die einheitliche Organisation der Erziehungsanstalten fordert deshalb einen gemeinsamen Unterbau, welchen als National-schule, allgemeine Volksschule, oder wie er sonst genannt werden mag, alle Kinder des Volkes ohne Unterschied des Standes und der Konfession besuchen.
3. Dieser gemeinsame Unterbau findet erst dann seinen Abschluß, wenn die zukünftigen Versuche eine Trennung in untere, mittlere und obere Schulen nötig machen.
4. Um für Schul-erziehung und Schulunterricht in der Volksschule freie Bahn zu schaffen, ist nötig, für Kinderbegabte kostenlose Nachhilfskurse, für Schwachbegabte eigene Klassen und für Verwahrs-löse besondere Erziehungsanstalten zu überweisen.
5. Bei dem Verusche, vor einem heranwachsenden Gäter-zeuge noch über das Gleis zu fahren, wurde der Milchwagen des Küsterknaben Beyer von der Maschine erfaßt und zertrümmert. Leucht und Pferd blieben unverletzt.

Zur Reichstagswahl im Wahlkreise Wangleben.

Das Mundschreiben an die Kriegervereine, welches wir vor einiger Zeit ankündigten, ist nunmehr in den Kriegervereinen zur Verteilung gekommen. Ganz ungeteilte Zustimmung hat es jedoch nicht gefunden, wie eine Zuschrift aus dem Kriegerverband Wangleben an das Berliner Tageblatt beweist, in welcher es heißt:

Dem Vereinsvorstand wird, so sagt man das bei uns auf, damit zugemutet, zu rapportieren, im Fall dieses oder jenes Mitglied bei der am 18. Oktober d. J. stattfindenden Wahl zum Reichstage sozialdemokratisch wählen sollte. Dem Vorstande wird es in den Vereinsstatuten zur Pflicht gemacht, politische und religiöse Angelegenheiten aus den Verhandlungen auszuschließen und nicht zuzulassen — sobald es aber in den Kreis gewisser Herren hineingepaßt, kann ja ein Auge zugedrückt werden, und das Kind erhält einen anderen Namen. Hier fragt man sich unwillkürlich: Wie ist es nur möglich, daß ein Kreisverbandsvorstand aus eigener persönlicher Machtvollkommenheit derartig hervortritt und ein derartiges Ansehen an die Vereinsmitglieder stellt. Wunderbar ist es, mit anzusehen, was sich im Kreise Wangleben bei dieser Reichstagswahl abspielt. Dort auf jener Seite eine kompakte Masse sozialdemokratischer Wähler, hier auf den anderen schwächeren Seiten der Wunsch, einen Zusammen-schluß der bürgerlichen Parteien herbeizuführen gegen die Sozialdemokratie. Freisinn und Nationalliberaler haben sich über eine Kompromißkandidatur verständigt; doch sind alle Bemühungen zu scheitern gekommen. Die konservative Partei ebenfalls zu diesem Pakt mit heranzuziehen. Eine agrarisch-konservative Winderzahl hat die Eintracht gestört und gefordert sich nunmehr den Liberalen, die konservative Partei besonders in dem Wahlkampf zu schwingen. Aus den großen deutschen Kriegerverbandstagen wie auch in den leitenden Kriegervereinsorganen will man die Sozialdemokraten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln können. Mancher möchte sie mit Besch und Schwefel vernichten, und hier im Kreise erlebt man das Schauspiel, daß der Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes als konservativer Kandidat aufgestellt wird, weil der Kompromißkandidat

nicht ganz dem Gesinnung unserer Agrarier und Reaktionäre entspricht. Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit wird den Kameraden begrifflich gemacht, das höchste Ziel sei, die Sozialdemokraten bekämpfen, und hier leistet man dieser Partei Dienste, öffnet ihr die Thür, damit Genosse Verlach recht bequem in den Reichstag ein-treten kann! Es mag wohl vielen Vereinsvorständen schwer ankommen, das Schriftstück zu lesen. Hoffentlich werden manche das Schreiben zurücksenden und gegen die Zustimmung protestieren, die Kriegervereine in den Dienst der Konservativen gegen andere bürgerliche Parteien zu stellen.

Die letztere Hoffnung vermögen wir nicht zu teilen. Es ist auch ganz gleich, ob es geschieht oder nicht, wer von den Kriegervereinsmitgliedern sozialdemokratisch wählen will, wird dieses thun, ob ihm nun das Schreiben vorgelesen wurde oder nicht. Das sozialdemokratische Wahlkomitee für den Wahlkreis Wangleben wird übrigens den Konservativen recht scharf auf die Finger sehen. Wenn diese glauben, sie könnten so ohne weiteres den Kriegervereinslichen Apparat zur konservativen Wahlmache benutzen, dann täuschen sie sich sehr. Unter Umständen wird ihnen das die Wahlprüfungskommission des Reichstags klar machen.

Vermischte Nachrichten.

Militaria. Wegen Sittlichkeitsvergehens ist in Koblenz ein Vicefeldwebel des 68. Regiments, wie die Koblenzer Zeitung meldet, zu 7 Monaten, ein Sergeant desselben Regiments wegen des gleichen Vergehens zu 2 1/2 Monaten Festungshaft und Degradation verurteilt worden.

Ein Niesenprozeß wurde in Palmi (Calabrien) dieser Tage beendet. 231 Genossen der durch Raub und Diebstahl berüchtigten picciotteria wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, die sich zusammen auf mehr als 1000 Jahre belaufen. Nach der Verkündung des Urteils brach in beiden Käftigen der Angeklagten und unter ihnen im Zuschauertraum (einer alten Klosterkirche) befürchtliche Angeschrien ein solcher Aufbruch aus, daß es nur durch das schellenige Eingreifen einer Kompanie Infanterie und von 100 Karabinieren möglich gemacht wurde, die Verurteilten abzuführen.

Unruhen in Bern. Der frühere Finanzminister Balaunde war angeklagt, sich 20 000 Pfund Sterling aus Staatsgeldern angeeignet zu haben; Balaunde beteuerte seine Unschuld. Die Bevölkerung hielt eine große Versammlung auf dem Hauptplatze der Stadt ab und verlangte dann die Auslieferung des Angeklagten, um ihn zu lynchen. Das Militär feuerte auf die Menge; mehr als 100 Personen wurden verletzt. Es werden neue Unruhen befürchtet.

Kleine Chronik.

Ein mit Ausklügeln besetzter Motorwagen explodierte Sonntag abend bei St. Gars'hausen. Die Insassen, fünf an der Zahl, wurden tödlich verletzt.

Ein 21-jähriges Fräulein hat sich in der Wohnung eines Offiziers in Hannover durch einen Schuß in die Brust getödtet. — Durch Einatmung von Kohlengas erstickte Freitag nacht die Kaufmannsfamilie Eberhardt in Ninteln (Oberhessen), bestehend aus 3 Personen. Ob Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

In Herrenhof im Gohaischen wurde bei einem auf der Dorfstraße fortgeführten Wirtshausweite ein junger Mann ertrunken. Der Mörder hat Selbstmord durch einen Sprung in den Dorfbrunnen versucht.

Aus Geringswalde wird der Post gemeldet: Gestern abend gegen 9 Uhr wurden auf dem Heimwege vom hiesigen Jahr-marke nach Groß-Milau vier junge Mädchen von einem Unbekannten angefallen; drei der Mädchen konnten sich flüchten, das vierte, die 16 Jahre alte Tochter eines Gutsbesizers, ist in den Wald geschleppt worden und wurde dort mit durchschnittenem Hals aufgefunden. Der Mörder ist entkommen.

Eine furchtbare Vcehlen-Explosion hat auf einem Karussell in Billenbe-sur-Vonne bei Sens stattgefunden. Zwei Arbeiter hatten die Unvorsichtigkeit begangen, ihre Lampe ohne die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln dem Vcehlen-Erzugsungsapparat zu sehr zu nähern, worauf eine starke Explosion erfolgte. Fünf in der Nähe spielende Kinder wurden schrecklich verwundet, drei von ihnen lebensgefährlich.

Im Krankenhaus in Glasgow befinden sich noch 21 an Pest Erkrankte; zwei schwerkränkelnde Personen stehen unter Beobachtung.

Gerichtliche Urteile.

Schwurgericht Magdeburg.
Sigung vom 2. Oktober 1900.
(Nachdruck verboten.)

Wegen betrügerischen Bankrotts und Unterschlagung, bzw. Beihilfe dazu sind angeklagt: 1. der Schuhmachermeister Ignaz Mikulski hiersebst, geboren am 1. Februar 1861, 2. dessen Ehefrau Wilhelmine Mikulski geb. Brinkmann, geboren am 19. Dezember 1864, jetzt zu Bremen, früher hier.

Der Angeklagte hat Schuhmacher gelernt und ist dann 24 Jahre lang in zwei Schuhwarenfabriken thätig gewesen. Er besaß 1500 Mark bar, die aus einem Hausverkauf her-rührten. Im Jahre 1899 las der Angeklagte in einem Fachblatt, daß das Geschäft der verstorbenen Witwe Krüger hiersebst von der Erbin verkauft werden sollte. Nach brieflichen Verhandlungen fuhr Mikulski von Düsseldorf, wo er damals wohnte, nach hier und erkaufte das Schuhwarenlager nebst Ladeneinrichtung zum Preise von 4168,98 Mark, doch behielt sich die Verkäuferin das Eigentumsrecht an den Sachen vor, bis die ganze Kaufsumme bezahlt sein würde. 1500 Mark sollten angezahlt werden und vereinbart wurde, daß von der Restkaufsumme jährlich 200 Mark abbezahlt werden. Nach Uebernahme des Geschäfts bestellte der Angeklagte für etwa 2000 Mark neue Waren, angeblich zur Ergänzung des Lagers, und zwar richtete er die Zahlungstermine so ein, daß vor dem 1. Oktober 1899 keine Ansprüche an ihn gemacht werden konnten. Seine beiden Kinder hatte er nur 14 Tage mit in Magdeburg gehabt, sie dann aber in anderen Orten untergebracht. Ladenmiete hat er auch nicht gezahlt, denn da er das Geschäft erst im Juli 1899 übernommen hatte, war die erste Rate erst am 1. Oktober fällig. Gezahlt wurde nichts, wohl aber nach Möglichkeit verkauft. Einen Posten älterer Waren verkaufte der Angeklagte weit unter Preis an

einen Händler. Das gesamte andere Schuhwarenlager ließ Mikulski nach und nach bis auf das letzte Stück durch den Auktionator Baumgärtner ver-auktionieren. Wie er selbst zugiebt, um nicht in seinen Manipulationen gestört zu werden, entnahm er die Waren aus den Kartons und gab sie so an den Auktionator, während er die leeren Kartons wieder in das Lager stellte, jedoch es aussah, als sei alles in bester Ordnung. Auch einen Teil der Ladeneinrichtung ließ er verfertigen. Für den Lagerbestand von ca. 4000 Mark wurden durch Baum-gärtner etwa 1200—1300 Mark gelöst, davon erhielt der Angeklagte 1000 Mark, während der Auktionator das übrige für seine Mühren berechnete. Ein hiesiger Gläubiger hatte Wind von der Sache bekommen und verfolgte die beiden Angeklagten auf Schritt und Tritt, aber trotzdem beide gut mit Geld versehen waren, zahlten sie keinen Pfennig. Am 1. Oktober war dann der Chemann Mikulski verschwunden und mit ihm das Geld. Nachgewiesenermaßen hat er 1000 Mark mitgenommen, doch liegt der Verdacht vor, daß er weit mehr, etwa 2000—3000 Mark bei sich geführt hat. An demselben Tage, als der Chemann verschwand, wurden auch die der Ehefrau gehörigen Möbel nach Bremen verladen, während sie selbst noch einige Zeit hierblieb und Außenstände ein-kassierte, so daß auch sie mehrere hundert Mark mit nach Bremen nehmen konnte. Mikulski selbst ging von hier ebenfalls nach dort, dann nach Hamburg, nach Berlin, nach Posen, von Posen nach Dresden und schließlich nach Göttingen, wo er die Fachschule für Schuhmacher besuchte. Hier wurde er am 22. November verhaftet und es zeigte sich, daß er nur noch etwa 8 Mark besaß. Er gab an, er habe das übrige Geld auf der Reise verbraucht, in Berlin und anderen Orten Mädchenknippen besucht, dort lustig gelebt und viel Geld bagelassen. Heute giebt er zwar die meisten der Thatsachen zu, meint aber, er sei zu seiner Handlungsweise be-rechtigt gewesen. Er sei mit dem Ankauf des Geschäfts, das sehr heruntergekommen gewesen sei, übervorteilt und habe sich, da es nicht ging, unumöglich halten können. Nun habe er sich für berechtigt gehalten, sein hineingestecktes, sauer erspartes Geld wieder herauszuziehen, ganz gleich, auf welche Weise. Er habe aber niemand betrügen wollen, sondern gehofft, er werde sich mit dem Gelde eine neue gewinnbringende Existenz gründen können, dann habe er die alten Gläubiger befriedigen wollen. Er habe das Geschäft durchaus nicht von vornherein in betrügerischer Absicht gekauft. Daran, daß er seine Kinder in einem Kloster untergebracht habe, könne das nicht geschlossen werden, denn er habe dies auf Rat des katholischen Geistlichen gethan, um sie dem Einfluß der evangelischen Mütter zu entziehen. Derselben habe er gesagt, er thäte es, weil das Geschäft schlecht ginge. Geld irgendwo heimlich unter-gebracht habe er nicht. Er sei nur kopflos geworden und habe sein Geld verthan, auch 200 Mark in der Fachschule bezahlt, weil er gehofft habe, nach deren Besuch könne er Stellung als Werkführer bekommen. Es sei auch nicht wahr, daß er in dem Vierteljahr, wo er das Geschäft besaß, gar nichts gezahlt habe. Mehrere hundert Mark habe er in kleinen Posten gezahlt, für Dinge die er brauchte, aber nur gegen bar erhalten konnte. Die umfangreiche Beweisauf-nahme wurde nachmittags 4 1/2 Uhr abgebrochen.

Fortsetzung morgen vormittag 9 1/2 Uhr.

Landgericht Magdeburg.

Sigung vom 2. Oktober 1900.

Der Handelsmann Rudolf Heyer zu Neustadt fuhr am 9. Juli d. J. auf der Straße im Trabe ein unruhiges Pferd ein und geriet dabei auf das Trottoir, wo ein Kind stand, das umgestoßen wurde und Verletzungen davontrug. Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Körper-verletzung und Uebertretung des § 306 Abfah? des Str.-G.-B. zu insgesamt 60 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der schon öfter bestrafte Schreiber Willy Calben aus Halberstadt, geboren 1863, machte sich am 17. und 18. August d. J. hieselbst in zwei Fällen der Zerschleierung in Höhe von 1.80 Mark und 2.55 Mark schuldig. Im letzteren Falle ließ er sich den Klotzschlüssel geben und verschwand damit. Calben erhielt wegen Betrugs in zwei Fällen, verübt im wiederholten Rückfalle, 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Der Arbeiter Carl Leinung aus Reinsdorf, geboren 1870, und der Meißerschmied Philipp Beckmann aus Bromberg, geboren 1867, saßen im hiesigen Gefängnis im Juni d. J. in Untersuchungshaft und verabredeten mit noch zwei anderen Gefangenen einen gemeinschaftlichen Ausbruch. Zu diesem Zwecke schrieb Leinung an seine Ehefrau einen Kassiber des Inhalts, sie solle ihm ein Paar Stiefel schicken und in dem Hacken eine Säge und eine Feile verbergen. Dieser Plan mißlang jedoch, und nun versuchten die vier Gefangenen, von denen in derselben Zelle sitzenden, färslich vom Schwurgerichte wegen gefährlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Handelsmann Stohmeister sein Bruchband zu erhalten, um mit der darin vorhandenen Uhrfeder die Fensterstäbe zu durchsägen. Als er sich weigerte, sollen Leinung und Beckmann ihm das Bruchband gewaltsam abzuziehen versucht und ihn bedroht haben, sie würden ihn anhängen, wenn er es nicht hergebe. Dabei äußerten sie unter sich, der Aufseher werde sich recht wundern, wenn er am Morgen das Nest leer finde und der alte Stohmeister hänge da. Die Verhandlung stellte indes die von der Anklage behauptete versuchte Mörd-igung nicht fest, weshalb Freisprechung erfolgte.

Der Domeslebener Nötigungsprozeß.

Der Pferdbedient Wilhelm Gruffendorf II, geb. 1868, und die Arbeiter Friedrich Rhode, geb. 1863, Andreas Wille, geb. 1864, Mathias Westwig, geb. 1867, aus Domesleben, dienten bei dem Fabrikbesitzer Voempcke daselbst und gehörten dem Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfs-arbeiter und Arbeiterinnen an, dessen Bevollmächtigter der Schuhmacher Krause ist. Am 11. April d. J. wurde der ebenfalls bei Voempcke in Dienst stehende und zum Verbands

gehörige Pferdebesitzer Heinemann entlassen, weil er zu dem Inspektor gedünstet hatte: „Eingkeit macht stark!“ und auch sonst öfter „ungehörige“ Nebenarten gebraucht haben soll. Seine Mitarbeiter verlangten, wie die Anklage behauptet, Heinemann solle wieder angestellt werden, und als dies abgelehnt wurde, weigerten sie sich am 13. April, weiter zu arbeiten und verließen den Dienst. Die Verabredung, gemeinschaftlich die Arbeit einzustellen, sollen die Angeklagten am Tage zuvor bei Kaufe besprochen und verabredet haben. Sie bestreiten die Anschuldigung und wollen am 18. April morgens nur nach Heinemann gefragt haben. Der Inspektor habe sie darauf gleich vom Hofe gewiesen.

Der Verteidiger erhob den Einwand, die Angeklagten seien im Sinne des Gesetzes vom 24. April 1854 nicht als Dienstleute anzusehen, da nur eine mündliche Abmachung mit dem Arbeitgeber vorliege, ein schriftlicher Vertrag aber Bedingung sei. Westwig habe zudem nicht einmal auf der Fabrik gewohnt, ebenso Gruffendorf. Deshalb erkläre sich die Verweigerung und es sei die Freisprechung der Angeklagten geboten. Der Gerichtshof beschloß aber die Vernehmung der Zeugen. Der Grund ihrer Anklagen beantragte der Staatsanwalt, Gruffendorf und Westwig freizusprechen, dagegen Rhode und Wilke wegen versuchter Missetzung mit je 1 Monat Gefängnis zu bestrafen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Lauderberg, ersuchte nochmals um Freisprechung, weil kein rechtmäßiger Arbeitsvertrag vorliege, die Wohnung der Angeklagten Rhode und Wilke ferner auch nicht als ein Teil des ihnen zustehenden Lohnes betrachtet werden könne, denn sie hätten jeder jährlich 18 Thaler Miete dafür bezahlen müssen. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten frei, weil sie nur als ländliche Arbeiter anzusehen seien, wenn ihnen neben dem Lohne uentgeltlich auch Wohnung gewährt werde.

Ein frommer Lump.

Ueber einen geradezu unglaublichen Fall widerlicher Frömmlichkeit berichtet Die Welt am Montag. Nicht Sensationsbedürfnis, schreibt das Blatt, treibt uns, ihn zu veröffentlichen. Er gewinnt vielmehr allgemeines Interesse dadurch, daß das fromme Rheinland sein Schauplatz ist, und daß er wiederum deutlich illustriert, wohin schließlich die von der katholischen Kirche gepredigte sklavische Abhängigkeit von der Autorität führen kann, wenn sie von bösen Dämonen mißbraucht wird. Lebte da in Düsseldorf ein als sehr fromm geltender Mann namens Jakob Krischer. Er war jahrelang Wertwaller des berühmten alten Kartäuserklosters Haus Hain in Unterrath. Außerlich führte er ein ehrbares Leben mit seiner Frau und zwei Kindern. Auf diese Kinder hatte der Unhold es abgesehen. Nachdem er die älteste verführt hatte, schaffte er sie unter Beihilfe eines Klosterbruders, der ihm auch sonst rechtliche Hilfe leistete, in das Kloster der „würdevollen Töchter vom heiligen Kreuz“ in Nees a. Rhein, wo sie noch jetzt unter dem Namen Schwester Emilita weilt. Nachdem die eine Schwester besetzt war, machte er sich, als seine Frau verweist war, an die zweite. Er vergewaltigte sie in ganz brutaler Weise und unterhielt mit ihr ein ganz sklavisches Verhältnis, bis ein Tischler, der Klosterarbeiten verrichtete, sich in das Mädchen verliebte.

Voller Eifer suchte er den Handwerker aus dem Brot, konnte aber nicht verhindern, daß die beiden Leute sich heirateten. Nach jahrelanger Ehe gestand die gequälte Frau ihrem Mann alles. Aus dem Geständnis ergab sich auch, daß der katholische Geistliche in Calcum am Rhein durch die Weichte der Kinder Kenntnis von dem Treiben des Unholdes hatte, nichtsdestoweniger aber weiter mit Krischer freundschaftlich verkehrte. Der Ehemann reiste sofort nach Grenoble zum Rathhausegeneral Don Michel, um ihm das Treiben seines Vertreters für Deutschland vor Augen zu führen, fand dort jedoch wenig Gegenliebe, worauf er dann den Fall der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf unterbreitete. Vor uns, schreibt die Welt am Montag, liegt die eidesstattliche Aussage der Ehefrau, auf Grund welcher die Untersuchung gegen Krischer eingeleitet wurde. Sie ist in ihren Einzelheiten so unglaublich, daß sie sich der Wiedergabe entzieht.

Bereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine Konferenz der Filialen der Provinz Sachsen und Anhalt des Central-Vereins der deutschen Würtcher fand am Sonntag den 30. d. Mts. im Lokale des Herrn Prantisch, Fachsenberg 9, statt. Vertreten durch Delegierte waren die Filialen Magdeburg, Jerbst, Molsan, Dessau, Schönebeck, Staßfurt, Nordhausen, Halberstadt, Bitterfeld, Bernburg. Nicht vertreten waren Halle, Zeitz, Weiskensels, Gera. Auf der Tagesordnung stand: Wie betreiben wir die Agitation in der Provinz Sachsen und Anhalt. Zu der Diskussion wurde die Aufhebung der Agitations-Komitees durch die im vorigen Jahre stattgehabene Generaterversammlung lebhaft bedauert. Die Wiedergründung eines solchen für Provinz Sachsen und Anhalt wurde zur Betreibung der Agitation für unbedingt notwendig erachtet. Die Abstimmung hierüber ergab die einstimmige Annahme eines diesbezüglichen Antrages, zum Sitz des Komitees wurde Staßfurt bestimmt. Die nächste Aufgabe des Komitees mit Hinzuziehung der Bevollmächtigten der Filialen soll in statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und über die Zahl der der Organisation noch fernstehenden Kollegen bestehen. Als Beitrag zur Agitation soll pro Mitglied und Monat 5 Pfennig erhoben werden.

Eine öffentliche Schmiede-Versammlung findet am Donnerstag, den 4. Oktober, abends 8 Uhr, im „Thalia“ in Budau statt. — Deutscher Holzarbeiter-Verein, Bezirksstelle Magdeburg. Versammlung findet statt: Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Bezirk Wilhelmstadt im „Eisenpark“, Spielgartenstr. 1. —

Donnerstag, 4. Oktober:
Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Montag und Donnerstag Turnstunden in der städt. Turnhalle Auguststr. 22/23. Eingang Bismarckstraße.

Arbeiter-Radfahrklub „Freiheit“. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Saalfahren und Verammlung im Dreifaiserbund.

Wilhelmstädter Männerchor. Jeden Donnerstag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde in der „Hoffnung“, Große Diebstorfstraße 201.

Radfahrklub „Sturm“. Jeden Donnerstag abends Vereinsabend im „Eisenpark“.

Arbeiter-Turnverein Neue Neustadt. Jeden Montag und Donnerstag Übungsstunden abends 8 Uhr in der städtischen Turnhalle, Umfassungstraße 76.

Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“, Neue Neustadt. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunden bei R. Schall, Fabrikstraße.

Eintracht Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Übungsstunden bei Naumann, Michaelstr. 16.

Turnverein „Einigkeit“, Budau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunden in „Friedrichstraße“, Leipzigerstraße.

Wolmirstädter Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag Übungsstunden im Gasthof zum Schwan. Dasselbst werden Mitglieder aufgenommen.

Diebstorf. Arbeiter-Gesangverein Diebstorf. Jeden Donnerstag Übungsstunden beim Gastwirt Hildebrandt.

Radfahrverein „Falke“ in Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren in der „Guten Quelle“, Kolonnenstraße 19.

Magdeburg, 2. Oktober. (Städtischer Schlacht- und Viehhof.) Auftrieb 121 Rinder einschl. 32 Bullen, 166 Kälber, 202 Schafvieh zc. 1171 Schweine. Bezahlt für 100 Pfd. Lebendgewicht: Dschfen: a) vollfleischige 34—36 Mk., b) junge fleischige 31—33 Mk., c) mäßig bis gut genährte 28—30 Mk., d) gering genährte 24—27 Mk. Bullen: a) vollfleischige 31—33 Mk., b) mäßig bis gut genährte 28 bis 30 Mk., c) gering genährte 24—27 Mk. Ferkeln und Käber: a) vollfleischige Ferkeln 24—26 Mk., b) vollfleischige Käber 22—24 Mk.; c) ausgemästete Käber 20—22 Mk. Kälber: a) fetteste Mast 42—45 Mk., b) mittlere Mast 36—42 Mk., c) geringe Mast 28—35 Mk., d) ältere gering genährte Mast 24—27 Mk. Schafvieh: a) Mastlammern und jüngere Mastlammern 30—33 Mk., b) ältere Mastlammern 28—31 Mk., c) mäßig genährte 22—26 Mk. Schweine: a) vollfleischige 56—57 Mk., b) mäßig bis gut genährte 52—53 Mk., c) gering entwicelte 52—53 Mk., d) Saunen und Eber 40—49 Mk. bei 40—50 Pfund Tara das Stück, schwerer Schweine mit höherer Tara, Saunen und Eber mit 20 Prozent Tara, Tendenz: Schweine flau, sonst mittelmäßig. Ueberstand: 10 Rinder, — Kälber, 70 Schafe, 200 Schweine. —

Wasserstände.

		+ bedeutet über — unter Null.			
		Infront und Saale.		Zahl Wuchs	
Strassfurt	1. Okt.	+ 1.05	2. Okt.	+ 1.00	0.05
Trotha	„	+ 1.26	„	+ 1.34	— 0.08
Wilsleben	„	+ 1.12	„	+ 1.18	— 0.06
Bernburg	„	+ 0.76	„	+ 0.80	— 0.04
Salze, Oberpegel	„	+ 1.41	„	+ 1.44	—
do. Unterpeg.	„	+ 0.92	„	+ 0.96	— 0.08
Mulde.					
Dessau	1. Okt.	— 0.13	2. Okt.	— 0.18	0.05
Waltbedrücke	„	„	„	„	„
Fer. Eger, Moldau.					
Jungbunzlau	30. Sept.	— 0.08	1. Okt.	— 0.06	— 0.02
Laan	„	— 0.16	„	— 0.46	—
Budweis	„	— 0.12	„	— 0.11	— 0.01
Prag	„	— 0.48	„	— 0.40	— 0.08
Elbe.					
Barbuzik	30. Sept.	— 0.25	1. Okt.	— 0.30	0.01
Brandeis	„	— 0.24	„	— 0.18	— 0.06
Melmit	„	— 0.62	„	— 0.67	0.05
Leitmeritz	„	— 0.56	„	— 0.58	0.02
Außig	1. Okt.	— 0.46	2. „	— 0.47	0.01
Dresden	„	— 1.72	„	— 1.73	0.01
Torgau	„	+ 0.95	„	+ 0.95	—
Wittenberg	„	+ 0.50	„	+ 0.80	—
Hoylau	„	+ 0.26	„	+ 0.28	— 0.02
Barby	„	+ 0.42	„	+ 0.50	— 0.08
Schönebeck	„	+ 0.17	„	+ 0.18	— 0.01
Magdeburg	2. „	+ 0.70	3. „	+ 0.70	—
Tangermünde	1. „	+ 1.01	2. „	+ 1.06	— 0.05
Wittenberge	„	+ 0.65	„	+ 0.66	— 0.01
Dsmitz, Pegel	„	+ 0.03	„	+ 0.02	0.01
Lauenburg	„	+ 0.17	„	+ 0.16	— 0.01
Havel.					
Brandenburg	30. Sept.	+ 2.07	1. Okt.	+ 2.03	0.04
do. Oberpegel	„	+ 0.64	„	+ 0.66	— 0.02
do. Unterpegel	„	„	„	„	„
Nathener	„	+ 1.50	„	+ 1.40	0.10
do. Oberpegel	„	+ 0.24	„	+ 0.39	— 0.15
do. Unterpegel	„	+ 1.05	„	+ 1.04	0.01
Havelberg	„	„	„	„	„
Ober.					
Pofel	30. Sept.	+ 0.84	1. Okt.	+ 0.79	0.05
Wrieg Oberpegel	„	+ 4.28	„	+ 4.26	0.02
do. Unterpegel	„	+ 1.38	„	+ 1.44	— 0.06
Breslau Oberpeg.	„	+ 4.62	„	+ 4.54	0.08
do. Unterpegel	„	+ 1.02	„	+ 1.22	0.20
Frankfurt	28. „	+ 0.58	27. „	—	—
Küstrin	„	+ 0.16	„	—	—

Emil Zola's

*** Romane ***

Germinal , 419 Seiten stark	nur 1 Mark
Der Bauch von Paris , 252 Seiten stark	nur 1 Mark
Rana , 360 Seiten stark	nur 1 Mark
Das Glück der Rougon , 192 Seiten stark	nur 1 Mark
Erzählungen für Ninon , 240 Seiten stark	nur 1 Mark
Claudes Weichte , 192 Seiten stark	nur 1 Mark
Lebensfreude , 240 Seiten stark	nur 1 Mark
Liebesblätter , 211 Seiten stark	nur 1 Mark
Der Fehltritt des Priesters , 224 Seiten stark	nur 1 Mark
Zum Glück der Damen , 319 Seiten stark	nur 1 Mark
Der Totschläger , 280 Seiten stark	nur 1 Mark
Madeleine Ferat , 295 Seiten stark	nur 1 Mark
Zum ehrbaren Bürgerhause , 327 Seiten stark	nur 1 Mark
Das Vermählung einer Sterbenden , 180 Seiten stark	nur 1 Mark
Seine Excellenz Rougon , 246 Seiten stark	nur 1 Mark
Therese Raquin , 212 Seiten stark	nur 1 Mark

früherer Preis des Bandes 2 Mark, jetzt pro Band nur 1 Mark.

Unverkürzte Ausgaben.

Diese lesenswerten Bücher sind durch alle Kolportage zu beziehen.

Buchhandlung Volksstimme

49 Jakobsstrasse 49
Sonntags geschlossen.

Standesamt.

Magdeburg, 2. Oktober.

Aufgebote: Lokomotivheizer Herr Richter hier mit Luise Lindau in Jerbst. Schneidermeister Friedrich Wilhelm Krüger mit Auguste Luise Behrend in Hellstedt. Hilfsbremser Herr. Friedrich Wilh. Heers hier mit Auguste Minna Herrmann in Gommern. Heizer Rob. Christ. Hohenstein in Grohn mit Berth Anna Gredel in Genthin. Laborant Hermann Schilke Paul Doehnel in Döhrsteden mit Martha Hermes hier. Sergt im Inf.-Regt. Nr. 66 Herr. Nob. Baumann hier mit Selma Luise Buch in Wschersleben. Arb. Friedrich Günther mit Regina Emilie Troitzsche in Kl. Wanzleben. Maler und Glaser Krone mit Minna Goffe hier. Tischler Wilhelm Schmidt in Sudenburg mit Anna Stemmler. Arb. Friedr. August Niebling hier mit Anna Emma Große in Meng.

Eheschließungen: Schlosser Otto Schulz mit Anna Clara hier. Kaufmann Wilhelm Deiters in Darmstadt mit Margarete Dohs hier. Sergt. im Feld.-Art.-Regt. Nr. 4 Mag. Strümpel mit Elsa Diener h. Sattler Franz Fehse mit Minna Schorling hier. Tischler Hermann Schmidt mit Anna Pfanschmidt hier. Schiffer August Seel in Tangermünde mit Franziska Martinad hier.

Geburten: Hans, S. des Silberarb. Gustav Kropp. Wilh. S. des Schneiders Wilhelm Döschläger. Otto, S. des Schuhmachers Wilhelm Dahmann. Walter, S. des Totengräber Franz Ede. Ethil, S. des Schuhmachermeisters Friedr. Brest. Albert, S. des Arb. Christ. Schäfer. Elisabeth, S. des Architekten und Maurermeisters Andr. Müller. Anny, S. des Viecheldwebers Heinrich Eggstein. Helmut, S. des Schuhmanns Wilhelm Richter. Erich, S. des Arb. Herrn. Kaliszewski. Ilse, S. des Ober-Postdirektionssekret. Ernst Wittichen.

Todesfälle: Wilhelm Wähler, 66 J. 5 M. 21 T. Hans, S. des Schneidermeisters Karl Kiemann, 8 M. 25 T.

Sudenburg, 2. Oktober.

Aufgebote: Schlosser Karl Hermann Schuster mit Hermine Henriette Brennecke hier. Buchhalter Friedrich Otto Alfred Caspar in Lemsdorf mit Martha Ida Küster hier. Arb. Friedr. Wilhelm Christ. Weferling mit Ida Emma Pentzsch hier.

Eheschließungen: Fabrikmeister Hans Fingem. Auguste Fäger h. Schloss. Rud. Eigenwillig mit Friede Papuzza hier. Kaufmann Waldemar Schneider mit Elise Schneider hier.

Geburten: Elise, S. des Arb. Otto Danfer. Emma, S. des Tischlers Wilh. Brandt. Anna, S. des Wädmachers Karl Plagemann. Michael, S. des Arbeiters Michael Bloch. Hestbeth, S. des Tischl. Karl Baer. Martha, S. des Schuhmachers Wilhelm Bräp. Wilhelm, S. des Arb. Wilhelm Regener. Margarete, unehelich.

Budau, 2. Oktober.

Aufgebote: Rangierarb. Herr. Adolph Rodenbeck in Magdeburg mit Selma Renate Doehle hier.

Geburten: Anna, S. des Arbeiters Friedrich Herrmann. Elisabeth, S. des königl. Eisen-Telegraph. Gustav Alischer. Elvira, S. des Kaufmanns Karl Hähnge. Erich, S. des Schlossers Friedrich Göck. Therese, S. des Arbeiters Friedrich Quast. Wally, S. des Hilfsbremsers Ottomar Käthe.

Todesfälle: Anna, S. des Arb. Alb. Rajahn, 7 J. 5 M. 15 T. Ethl, S. des Schneiders Wilh. Reigel, 19 T.

Neustadt, 2. Oktober.

Aufgebote: Arb. Herrmann Gustav Schmidt mit Elise Helene Mittendorf.

Eheschließungen: Ingen. Karl Albrecht in Mannheim mit Elisabeth Rogge. Schmied Karl Bantel mit Emma Bauske.

Geburten: Ethl, S. des Schlossers Paul Mancke. Paul, S. des Fabrikarb. Franz Mikolajczyk. Erna, S. des Weißgerbers Hermann Guhlmann.

Todesfälle: Agnes, S. des Postschaffn. Karl Tempel, 2 M. 11 T. Arb. Christ. Witthaus, 68 J. 9 M. Arbeiter Georg Laubvogel, 56 J. 2 M. 13 T. Witwe Müller, Marie geb. Rönnecke, 61 J. 11 T.

Burg, 29. September.

Eheschließungen: Kaufm. Georg Christoph Lorenz Hünmer in Wickersleben mit Marie Luise Martha Gödel hier. Maurer Friedrich Wilhelm Pelzer mit Anna Marie Stahmann hier. Schuhm. Gustav August Friedrich Sanguinette mit Hedwig Stein hier. Ingenieur Rudolf Arthur Ethlich in Leipzig-Lindenau mit Sophie Auguste genannt Hermine Hoffmann hier.

Geburten: Sohn des Verg. Wilhelm Preuß. Tochter des Arbeiter Robert Bethge, Tochter des Schriftsetzers Herrn Pfeiffer.

Vom 1. Oktober.

Aufgebote: Weißgerber Gust. Max Wege mit Anna Emma Herrmann hier. Bolierier August Theodor Albert Wärlcin hier mit Marie Anna Ida Eggert in Altenplathow.

Geburten: Sohn und Tochter des Zwickers Gustaf Schiller. Tochter des

Arbeiters Ludwig Karsten. Tochter des Adiktors Friedrich Seeger. Tochter des Tischlermeisters Bernhard Stolle.

Todesfälle: Ehefrau des Handelsmanns Wilhelm Behrendt, Wilhelmine geb. Golze, 64 J. Martha Margarete, S. des Bolierers Friedrich Vohmann, 6 M. Elise Charlotte, S. des Arb. Robert Wöhlagen, 12 T.

Vom 2. Oktober.

Aufgebote: Landwirt Karl Gustaf Haase mit Dorothee Streuer.

Geburten: Sohn des Zimmermanns Otto Müller. Sohn des Schuhmachers Wilhelm Schulz. Sohn des Töpfers Ray Wöhlagen. Tochter des Arbeiters Johann Mantuffel. Tochter des Schneidermeisters August Albrecht.

Sehenswürdigkeiten.

Städtisches Museum (Domplatz): Unentgeltlich geöffnet an Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11 bis 2 und 3 bis 5 Uhr, Sonntags von 11 bis 3 Uhr.

Stadt-Bibliothek. An den Wochentagen geöffnet von 10—2 Uhr.

Feinwerkstoffische Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Panorama Magdeburg. Kaiser Wilhelmplatz.

Denkmäler: Kaiser Wilhelm I. Kaiser Otto. Fürst Bismarck. Oberbürgermeister Franke. Kriegerdenkmal (Magdeburg und Neustadt). Haffelbach-Waagen. Luther. Friesen. Bafedow. Innermann. Siemeringer Fries an der Freienturnhalle (Brandenburgerstraße).

Gedenktafeln: Für Richard Wagner am ehemaligen Wohnhause, Margarethenstraße 2 und ehemal. Stadthüter, Dreieckstraße 28; für Böhcke an Geburtshause, Schrottdorferstraße 2 und 3; für Otto v. Guericke, Gr. Mühlgr. 5; für den Grafen v. Nolte Dreieckweg 213.

Gewächshäuser in Friedrich-Wilhelms-Garten: Geöffnet von morgens 8—12 und nachm. von 2—7 Uhr. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwochs von 8—11 und 1—3 Uhr, sowie jeden ersten Sonntag im Monat. Alle anderen Sonntage von 2—7 Uhr nachm. Eintritt 10 Pfg.

Albert Ratig's Kunsthandlung und Gemälde-Ausstellung (Dreieckweg Nr. 196/97). Permanente Kunstausstellung für Bauwerke, Handzeichnungen und Radierungen.